

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 128

JUNI/JULI 1997

DM 1,-

Britische Tories nach 18 Jahren abgelöst New Labour bereit zum Angriff auf Arbeiter/Minderheiten



Jones/FSP



Reuter/Williams

Blair feiert Wahlsieg. Die „Law and Order“-Politik von New Labour heißt rassistischer Staatsterror

LONDON – Durch einen massiven Stimmenzuwachs in traditionellen Tory-Gebieten wurde Blairs „New Labour“ mit einem Riesenvorsprung von 179 Parlamentssitzen in die Regierung katapultiert. Allein das Ausmaß von Blairs Sieg läßt nichts Gutes ahnen; es wird als Vollmacht benutzt werden, um New Labours brutales arbeiterfeindliches Programm durchzusetzen. Blairs erste Amtshandlung, mit der er der Bank von England eine noch nie dagewesene Machtfülle übertrug, versetzte die Finanzmärkte der Londoner City in einen Freudentaumel.

Blair hat jeden Anspruch zurückgewiesen, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten, und hat sich dabei massiv dafür eingesetzt, Labours historische Verbindungen zu den Gewerkschaften abzurechnen und die Partei in eine offen bürgerliche Partei wie die US-Demokraten umzuwandeln. New Labours Erdrutschsieg wiederum hat bei den französi-

schen und deutschen sozialdemokratischen Parteien angesichts bevorstehender Parlamentswahlen einem weiteren Rechtskurs Auftrieb gegeben.

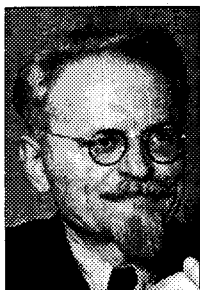
Wenn es auch oft schwierig war, die Wahlerklärungen von Tories und New Labour auseinanderzuhalten, so spiegelt Majors Niederlage doch eine tiefe Spaltung innerhalb der herrschenden Klasse über Britanniens Platz in der „Neuen Weltordnung“ wider, ein Konflikt, der in den erbitterten Grabenkämpfen innerhalb der Tory-Partei über die Europäische Union (EU) ausgetragen wurde. Für den „euroskeptischen“ Flügel der Konservativen ist die „europäische Integration“ eine Bedrohung der Souveränität des „Vereinigten Königreichs“. Dies führt notwendigerweise zum Konflikt mit dem gleichzeitigen Wunsch der herrschenden Klasse, mit der EU Schritt zu halten, mit der

Fortgesetzt auf Seite 10

Für eine Föderation von Arbeiter- republiken auf den Britischen Inseln!

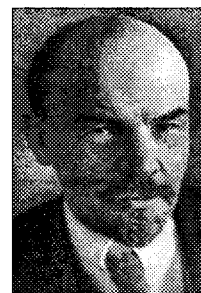
N.Y. SPARTACIST LEAGUE
P.O. BOX 3381
CHURCH ST. STATION
NEW YORK, NY 10008
212-267-1025

Sozialismus oder Barbarei



TROTZKI

Selbst jetzt, wo die kapitalistischen Herrscher ihre Angriffe auf die Arbeiter und alle Unterdrückten verschärfen, wird versucht, die klaffenden Klassengegensätze mit bürgerlicher Ideologie zu verkleistern. Während die Imperialisten seit der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion die Lüge vom „Tod des Kommunismus“ verbreiten, gibt es einen finsternen Wiederaufstieg von religiösem Obskurantismus und wissenschaftsfeindlichen Vorurteilen. In seinen Artikeln „Ihre Moral und unsere“ vom Februar 1938 und „The Moralists and Sycophants against Marxism“ (Moralisten und Kriecher als Gegner des Marxismus) vom Juni 1939 – kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs – bekräftigte der russische Revolutionär Leo Trotzki die Grundlagen des Marxismus gegen demoralisierte „sozialistische“ Intellektuelle, die sich einer „klassenlosen“ bürgerlichen Demokratie und der heuchlerischen „Moral“ der Bourgeoisie verschrieben hatten.



LENIN

Um den Sieg ihrer Interessen in großen Fragen zu sichern, sind die herrschenden Klassen bereit, in zweitrangigen Fragen Konzessionen zu machen, natürlich nur so lange, wie sich diese Konzessionen mit der Buchführung vertragen. In der Epoche des kapitalistischen Aufschwungs, besonders in den letzten Jahrzehnten vor dem [Ersten] Weltkrieg, waren diese Konzessionen durchaus real, zum mindesten in Bezug auf die oberen Schichten des Proletariats. Die Industrie dehnte sich zu dieser Zeit fast ununterbrochen aus. Der Reichtum der zivilisierten Nationen und teilweise auch der arbeitenden Massen wuchs an. Die Demokratie schien gesichert...

Statt dessen brach jedoch der Krieg aus mit seinem Gefolge von Erschütterungen, Krisen, Katastrophen, Epidemien und Bestialitäten. Das Wirtschaftsleben der Menschheit geriet in eine Sackgasse. Die Klassengegensätze traten scharf und nackt hervor. Die Sicherheitsventile der Demokratie begannen eins nach dem anderen zu explodieren. Die elementaren Moralvorschriften erwiesen sich gar noch zerbrechlicher als die demokratischen Einrichtungen und die reformistischen Illusionen.

Leo Trotzki, *Ihre Moral und unsere*

Engels schrieb einmal, daß Marx und er ihr ganzes Leben lang in der Minderheit blieben und sich dabei „wohlfühlten“. Die Zeiten, in denen die Bewegung der unterdrückten Klasse sich auf die Höhe der allgemeinen Aufgaben der Revolution erhebt, gehören zu den seltensten Ausnahmen in der Geschichte. Viel häufiger als Siege sind die Niederlagen der Unterdrückten. Auf jede Niederlage folgt eine lange Zeit der Reaktion, die die Revolu-

tionäre in einen Zustand grausamer Isolation zurückwirft. Pseudorevolutionäre, „Ritter für eine Stunde“, wie es ein russischer Dichter formulierte, verraten in solchen Zeiten entweder offen die Sache der Unterdrückten oder rennen herum auf der Suche nach einer rettenden Formel, die es ihnen ermöglichen würde, den Bruch mit irgendeinem Lager zu vermeiden. In unserer Zeit ist es unvorstellbar, im Bereich der politischen Ökonomie oder Soziologie eine versöhnlerische Formel zu finden; die Klassengegensätze haben die Formel der Liberalen von der „Harmonie“ für immer umgestoßen...

Zwei Klassen bestimmen das Schicksal der modernen Gesellschaft: die imperialistische Bourgeoisie und das Proletariat. Der letzte Ausweg der Bourgeoisie ist der Faschismus, der soziale und historische Kriterien durch biologische und zoologische Standards ersetzt, um sich so von jeglichen Beschränkungen im Kampf für das kapitalistische Eigentum zu befreien. Die Zivilisation kann nur durch die sozialistische Revolution gerettet werden. Um den Umsturz zu erreichen, braucht das Proletariat all seine Kraft, all seine Entschlossenheit, all seine Kühnheit, Leidenschaft und Rücksichtslosigkeit. Vor allem muß es sich völlig befreien von solchen Fiktionen wie Religion, „Demokratie“ und höhere Moral – den geistigen Ketten, die vom Feind geschmiedet wurden, um es zu zähmen und zu versklaven. Nur was den vollständigen und endgültigen Sturz des bestialischen Imperialismus vorbereitet, ist moralisch, und nichts anderes. Das Wohl der Revolution – das ist das höchste Gesetz!

Leo Trotzki,

The Moralists and Sycophants against Marxism

SPARTAKIST

herausgegeben von der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

REDAKTION: Herbert Adler, Herbert Bäck (Produktion),
Marianne Clemens, Renate Dahlhaus, Toralf Endruweit, Bernd Fuchs,
Alexis Hecht, Barbara Köhler, Doris Kohn (herausgebende Redakteurin),
Bert Matthes, Max Schütz (verantwortlicher Redakteur)

VERTRIEB: Reiner Hardy

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH, Postfach 555, 10127 Berlin
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01
Korrespondenz über die Verlagsanschrift.

Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der
Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: B. Fiedler, 10365 Berlin

Abonnement (6 Ausgaben) DM 5,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 128

JUNI/JULI 1997

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 555, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Halle: SpAD, Postfach 20 11 31, 06012 Halle
Telefon: (03 45) 2 02 90 55

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Dieser Ausgabe des Spartakist wird im Postvertrieb als
Supplement das Spartakist-Extra vom 11. Juni 1997 beigelegt.

Proteste gegen Massaker an Túpac-Amaru-Linken in Peru

Für Arbeiterrevolution gegen Fujimori-Diktatur!

Als die Schlächter der Fujimori-Diktatur am 22. April alle 14 Botschaftsbesitzer der MRTA (Revolutionsbewegung Túpac Amaru) in Lima ermordeten, war das eine kaltblütig geplante Hinrichtung. Wie Augenzeugen berichteten, wurden zwei junge Anhängerinnen der MRTA brutal niedergeschossen, als sie sich zu ergeben versuchten; der MRTA-Kommandant Néstor Cerpa Cartolini erhielt einen Kopfschuß aus nächster Nähe, dann wurde sein Hals durchgeschnitten. Das Massaker wurde vom US-Imperialismus dirigiert und von den kapitalistischen Regierungen überall auf der Welt „verständnisvoll“ begrüßt, der deutsche Außenminister Kinkel gratulierte dem Henker Fujimori. Die Internationale Kommunistische Liga veröffentlichte noch am selben Tag eine Protesterklärung und rief zu Demonstrationen und Kundgebungen in New York, San Francisco, Los Angeles, Mexico City, Tokio und Berlin auf, und wenige Tage später auch in Washington, Vancouver und Toronto.

Jetzt ist das Leben von etwa 450 MRTA-Kämpfern – darunter die Frau des MRTA-Führers Cerpa – akut gefährdet, die in Fujimoris Gefängnissen eingesperrt sind und für deren Freiheit die 14 Túpac-Amaru-Linken kämpften und gestorben sind. Die internationale Arbeiterbewegung muß mit Nachdruck fordern, daß alle Opfer von Fujimoris rechter Diktatur sofort freigelassen werden.

Knapp zwei Wochen nach dem Blutbad in Lima drohte Innenminister Kanther dem in Hamburg lebenden Euro-

pa-Sprecher der MRTA, Isaac Velazco, ein politisches Betätigungsverbot an. Durchgesetzt werden soll es vom Hamburger SPD-Senat, der sich durch die Verfolgung und Abschiebung von Immigranten profilieren will. Das Komitee für soziale Verteidigung (KfSV) protestierte mit einem Schreiben an das Innenministerium und an den Hamburger Senat gegen diesen Maulkorb-Erlaß und warnt, daß damit auf schleichende Weise die Abschiebung Velazcos an das Henkerregime in Peru vorbereitet wird. Das KfSV fordert volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben!

Erklärung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten)

Die Internationale Kommunistische Liga verurteilt die Massenerschießung von Linken, die heute durch die peruanische Diktatur von Alberto Fujimori in der Residenz des japanischen Botschafters in Lima durchgeführt wurde. Das Abschlagen von 14 Mitgliedern der MRTA (Revolutionsbewegung Túpac Amaru) ist eine Warnung an die verletzten Bauern und Arbeiter in dem Land, sich dem Joch der

Fortgesetzt auf Seite 22



Protestaktionen der Internationalen Kommunistischen Liga in Tokio, New York, Berlin gegen Massaker an MRTA-Kämpfern. Die Plakate der Spartacist Group Japan lauten: „Arbeiterrevolution wird die Märtyrer der Fujimori-Diktatur rächen!“ und „Von Lima bis Tokio und Washington – Für internationale proletarische Revolution!“

Hände weg von der Jüdischen Gemeinde in Halle!

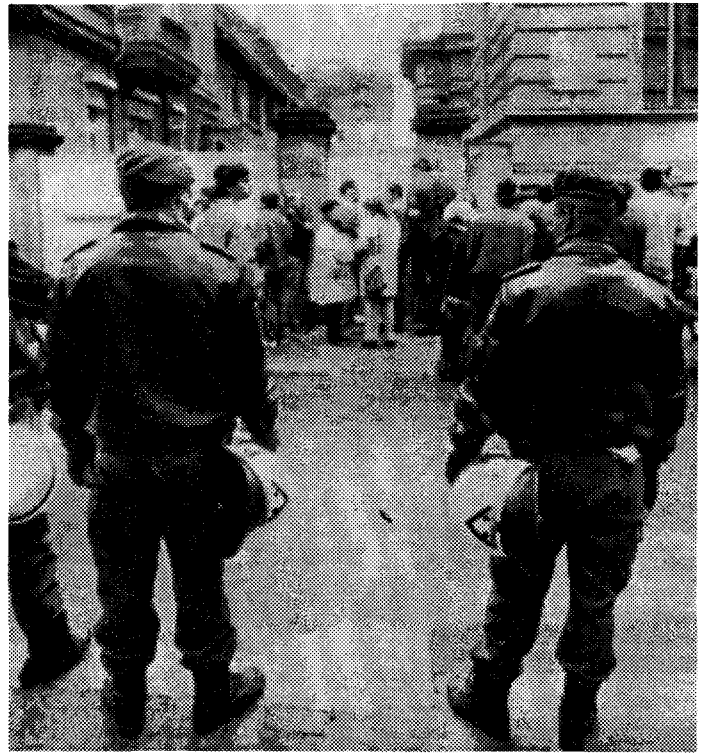
Nachfolgend drucken wir eine Protesterklärung des KfsV vom 27. Mai gegen den Polizeiüberfall auf die Jüdische Gemeinde in Halle ab. Den Vorwand bekam die Polizei vom Zentralrat der Juden in Deutschland geliefert, der das „Hausrecht“ eines von ihm eingesetzten Geschäftsführers durchsetzen lassen wollte.

Das Komitee für soziale Verteidigung protestiert schärfstens gegen den Überfall einer Hundertschaft Polizei am 22. Mai auf das jüdische Gemeindehaus in Halle. Die Polizisten schlugen Fenster ein, brachen Türen auf, setzten Gemeindemitglieder, unter ihnen Kinder und alte Menschen, auf die Straße und besetzten das Haus. Auch der im Hause wohnende Rabbiner wurde nicht wieder reingelassen. Die Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Halle sprechen in ihrer Erklärung von einer „Kleinen Kristallnacht“ und berichten: „Die Besetzer kamen ihrer Pflicht mit ganz offensichtlicher Genugtuung nach, hämisch grinsend wiesen sie die Frager ab und knallten vor denen das Fenster zu. Sie, nunmehr die Herren im jüdischen Gemeindehaus.“ An einem Protestmarsch am Freitag von der Synagoge zum Gemeindehaus beteiligten sich knapp 200 Menschen.

Daß die Jüdische Gemeinde in Halle überwiegend aus Immigranten aus der ehemaligen Sowjetunion besteht, macht sie im Vierten Reich zur besonderen Zielscheibe. Während des Kalten Krieges hieß die BRD jeden russischen Dissidenten willkommen. Nach dem Niedergang der Sowjetunion verriegelt die deutsche Bourgeoisie vor denjenigen, die vor Hunger, Armut und Antisemitismus fliehen, mit Gewalt die Tür, und will die Erinnerung auslöschen, daß die Rote Armee das Naziregime zerschlug. Als eine der ersten Aktionen während der kapitalistischen Wiedervereinigung führte Bonn im September 1990 Einwanderungsquoten für sowjetische Juden ein. Das KfsV organisierte zusammen mit der Spartakist-Arbeiterpartei einen Protest vor der Berliner Mahnwache dagegen.

Kriminellerweise hat Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland, dem Staat freie Hand für den Bullenterror gegen das Gemeindehaus gegeben, und er hat den Überfall ausdrücklich gebilligt.

Dieser Staat proklamiert sich selbst als Rechtsnachfolger von Hitlers Drittem Reich. In diesem Fall schickte die von der PDS gestützte „rot“-grüne Regierung aus Magdeburg ein Sondereinsatzkommando. Der staatliche Terror gegen Juden und Immigranten gibt den faschistischen Mordbrennern grünes Licht. Knapp drei Tage nach dem Bullenüberfall auf das Gemeindehaus in Halle wurde in einer katholi-



MZ/Federico Gambarini

Halle, 22. Mai: Bullenüberfall auf Jüdische Gemeinde

schen Kirche im Lübecker Vorort St. Jürgen ein Brand gelegt. Nazi-Schmierereien machten klar, daß dieser Anschlag dem Pastor einer evangelischen Gemeinde galt, der einer von Abschiebung bedrohten algerischen Familie Kirchenasyl gewährt. Zuvor gab es schon zwei Brandanschläge auf die Lübecker Synagoge und den mörderischen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim im Januar 1996, bei dem zehn Menschen starben, woraufhin der Staat eines der Opfer, Safwan Eid, einsperrte und vor Gericht stellte.

Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben! Wir protestieren gemeinsam mit allen Feinden des Antisemitismus und Rassismus gegen den Überfall auf die jüdische Gemeinde Halle. Es ist dringend nötig, daß die Arbeiterbewegung ihre soziale Macht einsetzt, um diesen Terror zu stoppen!

Schreibt an das Komitee für soziale Verteidigung (KfsV), c/o Werner Brand, Postfach 21 07 50, 10507 Berlin, oder ruft an: (0 30) 4 43 94 01. ■

Schulungsreihen der SpAD und der Spartakist-Jugend

Berlin

- 3. Juli** Die bolschewistische Revolution
24. Juli Wir sind die Partei der Russischen Revolution! Für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale!

jeweils Donnerstag, 18.00 Uhr, Humboldt-Uni
 Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 307
 Für weitere Informationen: Berlin (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

- 5. Juli** Wie die Spanische Revolution verraten wurde. Video: „Land und Freiheit“
26. Juli Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution! Video: „Yoi“

jeweils Samstag, 16.30 Uhr
 Haus für Alle, Amandastr. 58, U/S-Bahn Sternschanze
 Für weitere Informationen: Hamburg (0 40) 32 36 44

Chicago: Jury weist Anklagen zurück Sieg für Anti-Klan-Demonstranten!

„Nicht schuldig!“ befand die Jury nach nur kurzer Beratung. Den drei antirassistischen Angeklagten Gene Herson, dem Koordinator der Arbeit des Partisan Defense Committee (PDC, Schwesterorganisation des Komitees für soziale Verteidigung) für den Gewerkschaftsbereich, Jeff Lyons von Refuse & Resist! und Dennis Glass, einem jungen schwarzen Arbeiter, hatten ein bis zwei Jahre Gefängnis gedroht aufgrund von falschen Anklagen, die die Chicagoer Polizei gegen sie erhoben hatte. Diese Anklagen wurden fabriziert anlässlich einer vom PDC und der Labor Black Struggle League initiierten erfolgreichen Demonstration am 29. Juni letzten Jahres, die an diesem Tag auf dem Daley Plaza in Chicago einen potentiell mörderischen Angriff von Klan-Terroristen vereitelte.

Vor Gericht schilderte ein junger Schwarzer, Mark Daniels, wie die KKK-Lynchmörder ihre Fahnenstangen als Lanzen benutzten und wie er selbst rassistisch verhöhnt und von einer solchen Stange fast am Kopf getroffen wurde. Nachdem die Demonstranten sich wirksam gegen den Ku Klux Klan verteidigt und ihn gestoppt hatten, intervenierte die Chicagoer Polizei, gab dem KKK seine Waffen zurück und stürmte dann rachsüchtig in die Anti-Klan-Demonstration. Ein Zeuge beschrieb, wie der oberste Bulle vor Ort, Patrick McNulty, ohne jeden Anlaß Gene Herson Reizgas direkt ins Gesicht sprühte und ihn dann wegen Körperverletzung eines Polizisten verhaften ließ! Der Bezirksstaatsanwalt von Cook County sah sich gezwungen, am ersten Tag des Prozesses die Anklage gegen Herson fallenzulassen.

Die Staatsanwälte versuchten in ihren Eröffnungsplädoyers gegen Dennis Glass und Jeff Lyons zu „beweisen“, daß am 29. Juni antifaschistische Demonstranten unter den Rufen „Bullen und Klan – Hand in Hand!“ die Polizei angegriffen hätten. Dennis Glass war wegen angeblicher Körperverletzung und Angriffs mit einer „tödlichen Waffe“ – nämlich einer Papprolle! – abgeführt worden. Jeff Lyons, der dagegen protestiert hatte, daß Demonstranten, die prügeln die Bullen fotografieren wollten, schikaniert wurden, wurde zu Boden geschlagen und wegen „Behinderung einer Verhaftung“ angeklagt. Die Polizisten, die die Verhaftungen vorgenommen hatten, verstrickten sich vor Gericht in dem Netz ihrer Lügen.

Im Gegensatz dazu beschrieben Zeugen der Verteidigung – unter ihnen schwarze Jugendliche, Aktivisten des „Gewerkschaftssommer“-Programms des Gewerkschaftsdachverbandes AFL-CIO sowie eine Arbeitskollegin von Dennis Glass – in machtvollen Aussagen, daß die Losung „Bullen und Klan – Hand in Hand!“ genau auf die Ereignisse am Daley Plaza zutraf. Die KKK-Provokation und der



Workers Vanguard

8. Mai: Verteidiger und Angeklagte feiern den Sieg vor dem Bezirksgericht von Chicago. Anwalt David Thomas präsentiert Beweismittel, die Gene Herson nach dem lebensgefährlichen Reizgasanschlag durch Bullen zeigen

Bullenangriff sind auch auf Fotos und Fernsehbildern festgehalten. Nach dem Freispruch von Dennis Glass und Jeff Lyons kamen Mitglieder der Jury auf die Antirassisten zu, um ihnen die Hand zu schütteln.

Bei der Siegeskundgebung am Abend nach dem Urteil – in Dennis Glass' Worten ein Sieg „für jeden, der sich gegen den Ku Klux Klan stellte und verhinderte, daß er seinen Rassenhaß predigen kann“ – sprach Gene Herson über den Fall der ebenfalls anwesenden Cassandra Seay. Sie und ihre Mutter waren 1987 von Chicagoer Bullen brutal geschlagen und verhaftet und danach angeklagt worden, diese Bullen angegriffen zu haben. Herson hob hervor, daß sie durch die Mobilisierung der sozialen Macht der integrierten Nahverkehrsgewerkschaft Chicagos erfolgreich verteidigt wurden, und er klagte die Irreführer der AFL-CIO-Gewerkschaft dafür an, daß sie nichts getan hatten, um ihre Mitglieder gegen die KKK-Provokation im letzten Juni zu mobilisieren. Ed Clarkson, Sprecher der Spartacist League, sagte in seiner Rede:

„Ich denke, hier ist etwas Interessantes und Symptomatisches passiert. Ein Jurymitglied hat es sehr schön gesagt: endlich ‚Gerechtigkeit‘. Der Niedergang der Sowjetunion hat den Boden bereitet für das Elend aller Menschen. Und leider ertragen sie dies jetzt passiv. Deshalb ist es interessant, wenn Leute eine seltene Gelegenheit bekommen, ihre Wut gegen eine Ungerechtigkeit auszudrücken, wenn auch in einer sehr seltsamen Weise – denn für Juries ist es die Norm, daß sie sich an das System des kapitalistischen Staates halten... Dies drückt etwas aus: Es gibt eine aufgespeicherte Wut in dieser Gesellschaft, an der wir ansetzen müssen, indem wir die Arbeiter unter einer kommunistischen Führung für eine sozialistische Revolution mobilisieren. Wir müssen unsere Helden feiern, diesen freudigen Moment auskosten, und wir müssen vorwärts gehen!“ ■

Brief

RSB-Zentrist rechtfertigt Appell an Polizei

Nachfolgenden Brief erhielten wir von Nick Brauns, RSB Ortsgruppe München, unter dem Titel „Gendarstellung“.

München, 9.4.97

Unter der Überschrift „Anti-Nazi-Protest in die Sackgasse geführt“ verbreitet Euere Zeitung in der Aprilausgabe gezielte Desinformation und Lügen über die Veranstalter der antifaschistischen Demonstration gegen den Naziaufmarsch am 1. März in München, darunter über den RSB und das Münchner Bündnis gegen Rassismus. So behauptet Ihr, nichts wäre für eine massenhafte Organisierung der Arbeiter und Emigranten getan worden. Ich frage Euch, wo Ihr wart, als das Flugblatt für diese Demo vor den Betrieben verteilt wurde und als mit einem türkischen Aufruf kurdische und türkische Emigranten mobilisiert wurden? Vielleicht habt Ihr weder den kurdischen Block wahrgenommen, noch die türkischen Kollegen gesehen, die die erste Reihe der Demonstration bildeten. Wo wart Ihr bei den wochenlangen Verhandlungen mit dem DGB über eine gemeinsame Kundgebung, die am Sektierertum der Gewerkschaftsbürokraten scheiterte? Habt Ihr auf unserem Aufruf nicht die Namen einer Vielzahl von Betriebsräten und auch von Einzelgewerkschaften gesehen? Und wo wart Ihr, als wir nach unserer Abschlußkundgebung mit hunderten Leuten zur Kundgebung des DGB und der SPD zogen, um die Kollegen aufzufordern, mit uns die Nazis auf der Straße zu stoppen? Scheiterte die Einheit auf der Demonstration am Sektierertum von DGB und Autonomen, so bildete sich die aktive Einheitsfront, als die Nazis zuletzt von 15.000 Menschen gestoppt wurden.

Unwahr ist auch, die antifaschistischen Demonstrationen wären absichtlich fernab der Nazikundgebung abgehalten worden. Vielmehr verlegten die Nazis ihre Marschroute kurzfristig, gerade weil die Antifaschisten auf die ursprüngliche Route mobilisierten. Da es unmöglich war, mit der gesamten Demonstration zum Aufmarschplatz der Nazis zu gelangen, wurden die Antifaschisten von den Veranstaltern dazu aufgefordert, in kleineren Gruppen die Polizeisperren zu umgehen, um zu diesem Platz zu gelangen. Dieses Konzept war schließlich auch erfolgreich.

Direkt in die Hände der Faschisten arbeitet Eure Zeitung, wenn Ihr mich mit vollem Namen als Redner für das Bündnis gegen Rassismus präsentiert. Auf der Kundgebung wurde ich nicht ohne Grund nicht mit Namen genannt. In München gibt es momentan täglich Überfälle von Skinheads auf Linke. Sollte ich demnächst angegriffen werden, trägt Spartakist die Mitschuld!

Eine völlige Verdrehung der Tatsachen ist auch die Behauptung, ich hätte an Staat und Polizei appelliert. Ich hoffe, daß Ihr die nötige Courage habt, die folgenden Ausschnitte der Rede, die ich hielt, unzensuriert abzudrucken:

„Alle Erfahrung zeigt, daß für die Polizei der Feind allemal links steht und die Rechten marschieren dürfen. Die Polizei, die bereits am Montag friedliche Antifaschisten brutal vom Marienplatz schleifte, während besoffene Nazis den Hitlergruß zeigten, wird auch heute wieder die Faschisten beschützen.

Meine Damen und Herren Polizisten! Denken sie daran, das letzte Opfer eines Nazianschlags war ein Kollege von ihnen, der letzte Woche von einem Faschisten kaltblütig ermordet wurde. Sie schützen hier die Kumpane dieses Mörders!

Von dieser Seite können wir nichts anderes erwarten, als

Schikanen und Schläge gegen Antifaschisten, aber kein entschlossenes Eingreifen gegen die braunen Banden. Weil Staat und Polizei uns nicht schützen können und wollen, müssen wir selber aktiv werden, in antifaschistische Aktion treten!“

Sieht so ein Appell an die Polizei aus? Die Polizei, die in jedem Fall ein Gegner der Linken bleibt, zu demoralisieren, ist eine taktische Frage. Viele Polizisten tragen zum Gedenken an ihren ermordeten Kollegen eine schwarze Schleife. Dadurch werden sie nicht zu unseren Verbündeten, aber sie gehen auf Distanz zu den Nazimördern, zu denen sie sonst vielleicht Sympathie verspüren.

Wenn Spartakist sich noch in irgendeiner Form der Arbeiterdemokratie und der revolutionären Moral verpflichtet fühlt, fordere ich Euch auf, diese Gendarstellung in Eurer Zeitung zu veröffentlichen. Andernfalls werde ich jeglichen Kontakt zur SpAD abbrechen und Euch als professionelle Provokateure und Lügner betrachten.

Mit kommunistischen Grüßen

Nick

Volksfront-Bündnis überließ den Nazis die Straße in München

Eine „Gendarstellung“, die gerade das bestätigt, was sie widerlegen will – verbunden mit Drohungen über „professionelle Provokateure und Lügner“. Warum? Weil unsere Polemik „Anti-Nazi-Protest in die Sackgasse geführt“ (*Spartakist* Nr. 127, April 1997) den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Brauns' Brief wiederholt wortwörtlich seinen Appell an den Staat, genau wie wir es im *Spartakist* gesagt haben. Er stellt es als Taktik zur Demoralisierung der Polizei hin, wenn er die Bullen „an ihren ermordeten Kollegen“ erinnert. In Wirklichkeit appelliert er damit an den Korpsgeist der Polizei. Und der äußert sich bereits jeden Tag im Terror gegen Immigranten und Flüchtlinge. Schon allein der schreiende Gegensatz zwischen Brauns' ausgesucht höflicher Anrede „Meine Damen und Herren Polizisten!“ und seinem Haß auf die SpAD spricht Bände.

Nick Brauns stellt die haarsträubende Behauptung auf, daß die Nazis am 1. März in München „gestoppt wurden“. Tatsache aber ist, daß 5000 faschistische Schläger stundenlang ungehindert ihre völkermörderische Hetze verbreiten konnten. Das juckt Brauns nicht einmal, erwähnt er doch diesen seit Jahrzehnten größten Nazi-Aufmarsch mit keiner Silbe. Dabei gibt selbst die Mai-Nummer der RSB-Zeitung *Avanti* mittlerweile zu: „Wurde der Erfolg der Antifaschisten zuerst noch euphorisch gefeiert, so entpuppte er sich schnell als Pyrrus-Sieg [sic!]. Auch die Faschisten hatten einen Erfolg errungen, der gravierende Folgen haben wird.“ Die SpAD benannte dies von Anfang an klar als Niederlage der gesamten Arbeiterklasse, Linken, Immigranten und aller Nazigegner und warnte, daß die Nazis verstärkt ihren Terror verbreiten werden.

Für den RSB heißt das nun nicht, daß er seine eigene Politik, die zu diesem „Pyrrhus-Sieg“ geführt hat, kritisch beleuchtet. Nein, er hängt nur sein Mäntelchen nach dem Wind. Für *Avanti* bleibt München weiterhin „ein großer Er-

folg“ der Antifaschisten, nur leider, leider: „Auch die Faschisten hatten einen Erfolg errungen ...“ Daß sich das eine und das andere gegenseitig ausschließt, darauf kommen diese Zentristen gar nicht. Die Frage der Faschisten – in Trotzki Worten die „Kampforganisation der Bourgeoisie während und im Fall eines Bürgerkriegs“ – ist kein Spiel mit Zahlen. Es geht nicht darum, die „15 000 Münchner“ zu bejubeln, die auf der Straße waren. Auch SPD und KPD hielten vor 1933 Massenversammlungen ab, weit größere sogar. Doch statt die Arbeiter im Kampf gegen die Nazis zu organisieren und zu bewaffnen, wurden sie eingelullt und entwaffnet. Für den Verrat der reformistischen und zentristischen Führungen müssen auch jetzt wieder die Opfer der Nazis bezahlen, wie der Münchner *Avanti*-Korrespondent berichtet: „Und seit dem ersten März bekommt der vorher eher diffuse Straßenterror System. Nahezu täglich werden brutale Überfälle auf Linke und Punker gemeldet.“ Der vorgeblich trotzkistische RSB hat so wie die ISO, Linksruck und Konsorten mit seinem Jubel zu München seine eigene Verantwortung für diese Niederlage vertuscht und bereitet damit die nächste vor.

Daß in München 15 000 antifaschistische Demonstrationen, darunter auch Immigranten, mobilisiert wurden, steht überhaupt nicht zur Debatte: sondern *wozu*. Keine einzige der drei Gegendemonstrationen mobilisierte *zur gleichen Zeit und zum gleichen Ort, wo die Nazis ihre Provokation starten wollten*. Bei der von Grünen, Jungen Liberalen, DKP, PDS, RSB und anderen unterstützten Kundgebung trat Nick Brauns als letzter Redner auf. Nach einem Schlenker zur SPD/DGB-Kundgebung wurde die Demo aufgelöst, die Leute blieben sich selbst überlassen: genau zur gleichen Zeit, als die Nazis ungehindert durch die Stadt marschierten. Was für ein Unterschied zur erfolgreichen Aktion am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf, wo die SpAD mit einem disziplinierten, militanten Demo-Zug direkt zum Nazi-Treffpunkt marschierte, weil es unser Ziel war, die Nazis zu stoppen. Noch in seiner „Gegendarstellung“ rechtfertigt Brauns – ganz in der Pose eines Repräsentanten des „rot“-grünen Bündnisses – den impotenten Protest am entgegengesetzten Ende des Stadtkerns, der die Nazigegner von einer wirkungsvollen organisierten Aktion abhielt.

Was den RSB daran hinderte, „kurzfristig“ zum „verlegten“ Aufmarschort der Faschisten zu mobilisieren, war nichts anderes als seine politische Einheit mit den Reformisten und den Grünen. Nirgendwo findet sich im *Avanti*-Artikel auch nur ein Sterbenswörtchen der Kritik an seinen „Bündnispartnern“. Dabei ist deren Politik sehr gut bekannt. Ganz abgesehen von den Jungen Liberalen sind sowohl Grüne als auch PDS und DKP für ein Verbot der

Nazis und schüren damit Illusionen in den bürgerlichen Staat. Nur zwei Wochen zuvor konnte man in Berlin-Hellersdorf hautnah die Politik der PDS erleben, die *dagegen* auftrat, die Nazis zu stoppen, und sich anschließend der Hexenjagd gegen genau diejenigen Linken anschloß, die sie tatsächlich gestoppt hatten.

Brauns' „wochenlange Verhandlungen mit dem DGB“ gingen nicht um einen gemeinsamen Aufruf zur Aktion, um die Nazis *zu stoppen*, sondern um die Zusammenlegung der drei Volksfront-Demos zu einer gemeinsamen, größeren. Warum sonst würde er der DGB-Führung „Sektierertum“ vorwerfen? Eine Einheitsfront, also die Einheit in der *Aktion gegen die Nazis* bei Freiheit der Kritik, soll nicht nur dem Klassenfeind eine Niederlage beibringen und damit das Vertrauen des Proletariats in seine eigene Stärke erhöhen. Sie dient genau dazu, die bewußteren Schichten von der Sozialdemokratie zu brechen, indem das Proletariat in der Aktion sehen kann, daß die Kommunisten die besten, tatsächlich die *einzig* konsequenten Kämpfer für die Arbeiterinteressen sind.

Damit Hellersdorf zu einem Erfolg wurde, führten die Spartakisten diesen politischen Kampf vor den arbeitenden Massen und Jugendlichen, in unseren Flugblättern und Interventionen, um das Bewußtsein der Arbeiterklasse in die eigene Macht zu stärken und sie von den Illusionen in die bürgerliche Demokratie und den bürgerlichen Staat zu brechen. Was hingegen in München ablief, war eine Wahlversammlung, die Druck auf die „rot“-grüne Münchner Regierung machen wollte und den Nazis freie Bahn ließ. Genau das ist der Zweck jeder Volksfront: die Arbeiterklasse an die Bourgeoisie zu ketten. In Wirklichkeit durfte Nick Brauns gerade deshalb die Rednertribüne mit den bürgerlichen Grünen und den reformistischen Arbeiterverrätern teilen, um als nützlicher Idiot die linke Fassade der Kundgebung zu bilden.

Laut *Avanti* wollten die „demokratischen Münchner“ die Straßen „nicht den Feinden der Freiheit überlassen“, und die Abschlußkundgebung am Marienplatz war nichts weniger als „ein symbolischer Sieg der Demokraten“. So was konnte man auch in der *Münchner Abendzeitung* lesen. Der RSB läßt beim Kampf gegen den Faschismus die Notwendigkeit des Klassenkampfes verschwinden. Sein ganzes Gerede darüber, die Demokratie gegen Faschismus zu mobilisieren, ist nur ein Wiederkäuen von Stalins und Dimitroffs „Volksfront gegen den Faschismus“, gegen die Trotzki scharf gekämpft hat. Es kann keinen „antifaschistischen Flügel der Bourgeoisie“ geben, denn die faschistische Pest wird von der kapitalistischen Klasse als Reservetruppe gegen die proletarische Revolution aufrechterhalten. Wie Lenin

Fortgesetzt auf Seite 8

Voran/Militant Labour:

Rührendes Vertrauen in den kapitalistischen Staat

Diese Broschüre enthält sowohl „Die Internationale und der Staat“, die Übersetzung einer Broschüre der Gauche révolutionnaire/Jeunesses communistes révolutionnaires (GR/JCR), als auch die Antwort der IKL darauf. So wird der Gegensatz zwischen der reformistischen Position des Committee for a Workers International (Militant Labour, inzwischen umbenannt in Socialist Party, bzw. in Deutschland Sozialistische Alternative Voran) zum bürgerlichen Staat und unserer revolutionären Politik deutlich. Zusätzlich enthält die Broschüre die *Spartakist*-Artikel „JRE/Voran: Sommercamp-Pleite“ und „Voran: Vorkämpfer für Anschluß“.

DM 2,- plus DM 1,50 Porto (40 Seiten)

Bestellung bei: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60



RSB-Zentrist...

Fortsetzung von Seite 7

feststellte: „Reine Demokratie“, das ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus ablöst, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablöst“ (*Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky*, 1918). Von der klassenlosen Bejubelung der bürgerlichen Demokratie war es nur noch ein kleiner Schritt für Nick Brauns, der schließlich direkt den Kotau vor der Polizei, das heißt dem bürgerlichen Staat selbst, machte. Und diese Tatsache verschweigt *Avanti* wohlweislich.

Die Polizei ist zusammen mit der Armee, den Gerichten und Gefängnissen der Kern des Unterdrückungsapparats der herrschenden Klasse, des bürgerlichen Staats. Brauns geht vielleicht nicht davon aus, diesen Unterdrückungsapparat gewinnen zu können, aber schon der Anschlag eines Nazis läßt ihn hoffen, den Staat günstig beeinflussen zu können: „Dadurch werden sie [die Bullen-,Kollegen] nicht zu unseren Verbündeten, aber sie gehen auf Distanz zu den Nazimördern, zu denen sie sonst vielleicht Sympathie verspüren.“ Ach ja? Die Polizei tat den ganzen Tag nichts anderes als die „Sieg Heil“ brüllenden Nazis zu schützen! Trotz seiner Behauptungen, daß „für die Polizei der Feind allemal links steht“ und Polizisten nicht unsere Verbündeten sind, zeigt er mit seinem Appell an die Bullen sein wahres Gesicht. Vor 1933 versuchte die SPD ständig mit der Forderung „Staat, greif ein“, die preußische Polizei, die zu großen Teilen aus der SPD kam, als Stütze der „Demokratie“ zu umwerben. Doch wie Trotzki in *Was Nun?* hervorhob, hatten sich diese Polizisten „mehr mit revolutionären Arbeitern zu schlagen als mit nationalsozialistischen Studenten... jeder Polizist weiß, daß die Regierungen wechseln, die Polizei aber bleibt.“ Die gleichen Bullen, auch wenn sie aus der SPD stammten, dienten dann loyal dem Dritten Reich, und nach 1945 dem Vierten. Und wie durch kürzlich freigegebene Akten der National Security Agency (der größte Geheimdienst der USA) bekannt wurde, waren an der ersten Phase des Holocaust etwa viermal mehr Angehörige der Ordnungspolizei als der SS-Einsatzgruppen beteiligt.

Die einzigen, die durch diesen Appell des RSB an die Polizei „demoralisiert“ werden, sind diejenigen, die die Nazis stoppen wollten. Wie wir im *Spartakist* betonten, wird die Polizei nur durch die massenhafte Mobilisierung der Arbeiter/Immigranten davon abgeschreckt, die Nazis zu schützen: „Die Bullen hätten es sich dreimal überlegt, auf

geschlossene Gewerkschaftskontingente von BMW und Siemens einzuschlagen, die durch politische Streiks die Industrie lahmlegen können.“ Wir Trotzkiisten wollen die Arbeiter unabhängig vom Staat mobilisieren: Wir kämpfen für gewerkschaftliche Verteidigungsgruppen, Keimzellen einer künftigen Arbeitermiliz, die als Ausgangsbasis für den Kampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten und deren bürgerlichen Staat dienen können. Die Nazis konnten am 15. Februar in Berlin-Hellersdorf gestoppt werden, weil wir Spartakisten von Anfang an einen scharfen politischen Kampf gegen die Volksfrontpolitik von PDS und SPD (und die Desorganisatoren von AA/BO) führten. Wir erklärten, warum es selbstmörderisch ist, sich auf den bürgerlichen Staat zu verlassen, was die Reformisten predigen. Während es in Berlin den Gewerkschaftsbürokraten durch ihre Sabotage gelang, viele Arbeiter von dieser Schlacht fernzuhalten, waren wir dennoch in dieser Mobilisierung der kommunistische Pol und schafften es, die anwesenden Militanten zum Erfolg über die Nazis zu führen.

Der RSB dagegen klebt an den Rockschoßen dieser Arbeiterverräter und dient ihnen als Flankendeckung gegen unsere revolutionäre Kritik. Seine ganze Strategie basiert auf dem vergeblichen Versuch, diese größeren reformistischen Parteien nach links zu drücken, führt aber in Wirklichkeit zur programmatischen Anpassung an sie. Das sieht man bei der letzten Bundestagswahl, als der RSB die PDS unterstützte, die nur ein Abklatsch der Sozialdemokratie in Ost-Farben ist. Die ganze Politik der PDS besteht darin, die SPD in die Regierung zu hieven, die das Asylrecht vernichtet hat und schon jahrelang Roma und Sinti verfolgt. Um ihre Loyalität zum wiedervereinigten Deutschland zu beweisen, übernimmt die PDS sogar „Regierungsverantwortung“, ohne den materiellen Vorteil der Ministerposten zu genießen, siehe Magdeburg. Während Brauns' Genossen in Britannien zur Wahl von Blairs „Neuer“ Labour Party aufriefen, sind sie in Italien sogar Mitglied bei Rifondazione Comunista, deren Unterstützung für die Regierungsvolksfront entscheidend ist. Diese Pablisten folgen damit ihrem politischen Stammvater Michel Pablo, der in den 50er Jahren die von Trotzki gegründete Vierte Internationale liquidierte: Er ersetzte den Kampf für eine leninistische Partei durch die Politik, auf größere reformistische Parteien und kleinbürgerliche Nationalisten Druck auszuüben. Auch in München war der RSB nichts anderes als der Schwanz der Sozialdemokratie und der kleinbürgerlichen Grünen.

Brauns' Tiraden über „professionelle Provokateure und Lügner“ für den Fall, daß wir seine „Gegendarstellung“ nicht abdrucken, erinnern verdammt an die Hetze des Hellersdorfer PDS-Bürgermeisters Klett gegen die Linken, die die Nazis gestoppt haben. Doch wir lassen uns die Freude der Veröffentlichung sowieso nicht entgehen. Wie Brauns sehr wohl weiß, verbreiten wir – einzigartig in der Linken – die gegen uns gerichteten Polemiken unserer linken Opponenten, weil gerade durch die offene Debatte von entgegengesetzten politischen Programmen das Bewußtsein der Arbeiterklasse erhöht wird. Bedauerlicherweise greift Brauns zu Verleumdungen, weil er wohl selbst mitkriegt, daß er mit politischen Argumenten nicht weit kommt. Er verschanzte sich hinter diesen Methoden, um seinen politischen Bankrott zu verbergen und unsere Argumente nicht beantworten zu müssen.

PS: Was Brauns' Beschwerde anbelangt, daß wir seinen „vollen Namen“ erwähnt haben: Den finden wir regelmäßig in der RSB-Zeitung *Avanti* – im Impressum und unter seinen Artikeln. Tatsächlich haben die Nazis gerade durch ihren Aufmarsch in München einen gefährlichen Auftrieb für ihren mörderischen Terror erhalten. Dazu hat Brauns mit seiner „Bündnis“politik beigetragen. ■

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Abonniert die Zeitung der SpAD!

Volles Abo (6 Ausgaben): DM 5,-

Auslandsabo: DM 15,-; Übersee Luftpost: DM 20,-
beide Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

128

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin
Konto 119 88-601, Postgiro Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Brief

Über die Arbeiter-Kommunistische Partei im Iran Permanente Revolution kontra „Etappentheorie“

Nachstehender Brief von Dr. Lothar Heinrich und die Antwort der Internationalen Kommunistischen Liga beziehen sich auf den Artikel „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!“ in Spartakist Nr. 125 (November/Dezember 1996).

Sehr geehrte Damen und Herren! 9.12.96

In *Spartakist* Nr. 125 habe ich einen aus dem *Workers Vanguard* übersetzten Artikel über Kurdistan gefunden. Dort wird auf die AKPI Bezug genommen. Bei der Lektüre dieses Artikels habe ich mich ziemlich gewundert, weil hier über die AKPI Behauptungen aufgestellt werden, die völlig im Gegensatz zu dem stehen, was ich von dieser Partei bislang gehört und gelesen habe. Insbesondere konnte ich auch bei erneuter Lektüre grundlegender Dokumente der AKPI keinen Hinweis darauf finden, daß sie dem stalinistischen Dogma von der „Revolution in zwei Etappen“ folgt. Die AKPI lehnt meines Wissens die Vorstellung von einer bürgerlich-demokratischen Revolution für nationale Unabhängigkeit als einem ersten Schritt zur proletarischen Revolution ab. Außerdem betrachtet sie sich überhaupt nicht als kurdische Organisation, sondern hat sich von der KPI ihrer eigenen Darstellung zufolge gerade deswegen getrennt, weil sie ihr kurdischen Nationalismus vorwirft. Sie orientiert auch nicht (jedenfalls in der Theorie) auf irgendein bürgerliches – angeblich fortschrittliches Regime.

Bekannt ist schließlich, daß sie alle Staaten der Welt einschließlich der UdSSR ab Ende der 20er Jahre als kapitalistische Staaten betrachtet.

Unter diesen Umständen habe ich mich gefragt, wie verläßlich die weiteren Informationen des *WV* über die AKPI sind, namentlich die Zitate aus Flugblättern. Ein Mitglied der AKPI dementierte z. B. vehement, daß es irgendeinen Brief seiner Partei an die UNO gäbe.

Da nun bekannt ist, daß politische Organisationen beileibe nicht immer in der Praxis das tun, was sie in der Theorie vertreten, möchte ich nicht ungeprüft davon ausgehen, daß die Behauptungen Ihres Artikels einfach erfunden sind. Ich

möchte Sie deshalb bitten, mir Kopien der von Ihnen zitierten Dokumente zu schicken. Ich darf abschließend noch darauf hinweisen, daß ich in verschiedenen Publikationen über die Region schreibe und auch beabsichtige, den vorliegenden Fall zum Thema zu machen.

Ich wäre Ihnen sehr verbunden, wenn Sie mir bald mitteilen könnten, ob (und ungefähr) wann ich mit diesen Dokumenten rechnen kann.

Mit bestem Dank für Ihre Hilfe und mit freundlichen Grüßen

L. A. Heinrich

Spartakist antwortet:

Es ist wahr, daß weder die Arbeiter-Kommunistische Partei Irans (AKPI) noch ihre Schwesterpartei im Irak offen behaupten, das menschwistische/stalinistische Schema einer „Revolution in zwei Etappen“ – erst die „demokratische“ Revolution, dann Sozialismus – zu unterstützen. Zudem sind veröffentlichte Erklärungen der AKPI, besonders die in westliche Sprachen übersetzten, voller abstrakter Rhetorik für „Arbeiterkommunismus“ und voller Verurteilungen von bürgerlichem Nationalismus. Eine Untersuchung der tatsächlichen Praxis der AKPI sowie ihrer formalen programmatischen Erklärungen zeigt jedoch, daß sie niemals über den Rahmen der zwei Etappen hinausgegangen ist.

Ein gutes Beispiel ist die Haltung zu Chomeini. Heute ist das islamisch-fundamentalistische Regime im Iran wegen seiner brutalen Verbrechen gegen Linke, Frauen, nationale Minderheiten und Arbeiter weithin verhaßt. 1978/79 jedoch unterstützte die gesamte iranische Linke Chomeini unter dem Deckmantel, die „Massenbewegung gegen den Schah“ zu unterstützen. Chomeini wurde fälschlicherweise als „Anti-Imperialist“ hochgejubelt, und sein Aufstieg zur Macht wurde als „Volksrevolution“ unterstützt. Wir, die Internationale Kommunistische Liga (IKL – damals die

Fortgesetzt auf Seite 20



Der Spiegel



Hinrichtung von Kurden durch Chomeini-Anhänger 1979. Oben: *Kommunistische Korrespondenz*, Vorgänger des *Spartakist*. Der Machtaufstieg der Mullahs, von der iranischen Linken als „Revolution“ bejubelt, war eine schwere Niederlage für Arbeiter, Frauen, nationale Minderheiten

New Labour...

Fortsetzung von Seite 1

Britannien inzwischen den größten Teil seines Handels betreibt, und London als das Hauptzentrum für das europäische Finanzwesen aufrechtzuerhalten. Nach ihrer größten Wahlniederlage seit 91 Jahren stellen die Tories – aus Schottland und Wales vollständig vertrieben, fast überall weitgehend verachtet und in der Frage von Europa gespalten – im Augenblick kein besonders wirksames Instrument für die Herrschaft der Bourgeoisie dar.

Mit der Bürde von vier Millionen Arbeitslosen und bei einem der niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen in Westeuropa hatte ein Großteil der Bevölkerung nach 18 Jahren Tory-Herrschaft die Nase gestrichen voll. Aber selbst für die allerkritischste Unterstützung von Labour gab es bei diesen Wahlen keine Grundlage. In einer Erklärung vom 21. April zu den Wahlen – mit der Überschrift „Für eine revolutionäre Arbeiterpartei! Für eine Föderation von Arbeiterrepubliken auf den Britischen Inseln!“ –, von der Tausende Exemplare in London, Glasgow, Wales und im Norden Englands verteilt wurden, machte die Spartacist League/Britain unmißverständlich klar:

„Keine Stimme für New Labour bei den allgemeinen Parlamentswahlen! New Labour hat sich der Aufrechterhaltung der unerträglichen Realität des Lebens unter dem Kapitalismus verschrieben – sie wollen die Gewerkschaften in Ketten halten, Sozialleistungen drastisch reduzieren und Krieg gegen Arbeiter, ethnische Minderheiten und Immigranten, Frauen und Jugendliche führen: gegen jeden, dem vom verrottenden britischen Kapitalismus ein Platz ganz unten zugewiesen wird. Blairs ‚Vertrag mit Britannien‘ ist ein Pakt mit der aufgeblähten City von London, wo mit Profiten, die aus Arbeitern auf der ganzen Welt durch Ausbeutung herausgeholt werden, unermeßlicher Reichtum geschneffelt wird.“

Während unzählige pseudolinke Vereine Blair und/oder die kleineren „alternativen“ Parteien im Labour-Lager unterstützten, gaben wir kritische Unterstützung für die Socialist Labour Party (SLP), an deren Spitze Arthur Scargill steht, der Führer der National Union of Mineworkers (NUM, Nationale Gewerkschaft der Bergarbeiter), „in der Erkenntnis, daß die SLP dadurch, daß sie gegen New Labour antritt, gegen das ‚elfte Gebot‘ der britischen Linken verstößt: ‚Du sollst Labour wählen‘, egal was passiert“. Wir haben uns aktiv an der Wahlkampagne für Scargill im Wahlkreis Newport East in South Wales und für andere SLP-Kandidaten in zwei Londoner Wahlkreisen beteiligt. (Im Londoner Wahlkreis East Ham wurde unser Angebot, die Wahlkampagne zu unterstützen, von der dortigen Wahlkampfleiterin der SLP, Carolyn Sikorski, abgelehnt.)

Die SLP wurde von Scargill, der den militanten Streik der Kohlebergarbeiter 1984/85 angeführt hatte, gegründet, nachdem Labour sogar ihre nur als Feigenblatt dienende Forderung nach Verstaatlichung der Industrie („Clause IV“) aus dem Programm gestrichen hatte. Wir haben damals die Bedeutung dieser Spaltung hervorgehoben und geschrieben: „Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wird der politische Würgegriff der britischen Labour Party über die Arbeiterbewegung durch eine wichtige Spaltung aus ihren eigenen Reihen in Frage gestellt“ (*Workers Vanguard*, Nr. 638, 2. Februar 1996). Aber auch die „alte“ Labour Party, auf die Scargill zurückgreift, war durch und durch prokapitalistisch, was sie nicht zuletzt durch ihren offenen Streikbruch gegen die NUM, Arm in Arm mit der konservativen Thatcher-Regierung, bewiesen hat. Auch wenn die SLP eine Reihe von unterstützenswerten Forderungen erhob – darunter die Verstaatlichung der Industrie –, so akzeptiert sie stillschweigend den Rahmen des kapitalistischen Parlamentaris-

mus, was sich in ihrem Loblied auf die italienische Rifondazione Comunista widerspiegelt, die als eine Hauptstütze für das Weiterbestehen der arbeiterfeindlichen, immigrantenfeindlichen Regierung Prodi dient. Während wir der SLP kritische Unterstützung gaben, stellten wir ihrem nationalen Reformismus ein Programm für die internationale sozialistische Revolution entgegen, den einzigen Weg vorwärts für die Arbeiterklasse. Wie die Erklärung der SL/B feststellte:

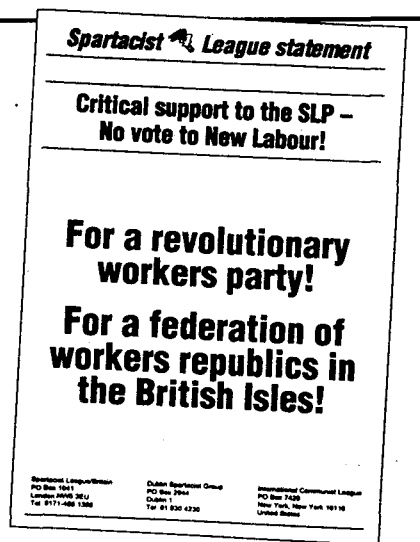
„Marxisten verstehen, daß der Grund für jede Ausbeutung und Unterdrückung das kapitalistische System ist. Deshalb kann ein grundlegender Wandel im Interesse der Arbeiterklasse, der Minderheiten und der Unterdrückten nicht durch Parlamentswahlen zustande kommen, sondern nur durch revolutionären internationalistischen Klassenkampf, der, wenn er zu Ende geführt wird, den Rahmen des Kapitalismus weltweit sprengen muß... Wir fordern: Abschaffung der Überreste des Feudalismus – der Monarchie, des House of Lords und der Staatskirchen! Im Gegensatz zu allen Ausdrucksformen des englischen Chauvinismus treten wir für das Recht auf Selbstbestimmung für die schottische und die walisische Nation ein; gleichzeitig wenden wir uns gegen alle Formen von Nationalismus, die für die Einheit der Arbeiterklasse Gift sind, und wir kämpfen für eine *freiwillige* Föderation von Arbeiterrepubliken.“

Blair: Vorreiter für rassistische „Law and Order“-Politik

In der Opposition trug die Labour Party jede rassistische Maßnahme der Tory-Regierung in bezug auf die Immigration mit. New Labour profilierte sich als „Law and Order“-Partei, von der Unterstützung jeder Gesetzesvorlage, deren Ziel die Abschaffung von Bürgerrechten war, bis zu ihren eigenen Plänen, Ausgangssperren für Jugendliche zu verhängen, und stand in diesen Fragen rechts von den Liberaldemokraten, einer bürgerlichen Partei. Die Stärkung der Polizeigewalt bedeutet, daß mehr Schwarze und asiatische Einwohner im Polizeigewahrsam umgebracht werden. Am Wahltag enthüllte der Londoner *Independent*, daß das Innenministerium die Sitzungspause des Parlaments während der Wahlen dazu ausnutzte, die Durchführung der Massenabschiebungen von Asylbewerbern zu beschleunigen.

Bei einer SLP-Wahlveranstaltung in Wales startete Paul Flynn, Labour-Parlamentsabgeordneter von Newport West, einen giftigen Angriff gegen Scargill, weil dieser im Bergarbeiterstreik 1984/85 nicht den Tory-Forderungen nach einer „Abstimmung“ nachgegeben hatte, nachdem der Streik sich bereits durch Massenstreikposten ausgeweitet hatte. Die Forderung nach einer streikbrecherischen Abstimmung war auch die Linie des damaligen Labour-Führers Neil Kinnock und der TUC-Führer und ebenso von selbsternannten „linken“ Kritikern von Scargill wie Workers Power (Schwesterorganisation der Gruppe Arbeitermacht) und jener Gruppe, die sich jetzt Communist Party of Great Britain (CPGB) nennt und den *Weekly Worker* herausgibt.

Workers Power stand auch in der Frage der Europäischen Union und ihres Maastricht-Vertrages rechts von Scargill. Wo Scargill gegen die von Deutschland dominierte EU vom Standpunkt des „Klein England“-Protektionismus eintritt, ist WP überhaupt nicht gegen die EU und argumentiert, daß Maastricht „eine Basis für die Ausweitung von Rechten und Errungenschaften“ für die Arbeiterklasse in ganz Europa sein könne. Während wir den Punkt machen, daß ein vereinigt kapitalistisches Europa eine utopische Phantasie ist, beziehen wir Stellung gegen Maastricht und die EU, weil sie „ein imperialistischer Handelsblock, ein Instrument zur kapitalistischen Kooperation gegen die Arbeiterklasse Europas“ ist, entstanden als ein wirtschaftliches Anhängsel des antisowjetischen Militärbündnisses NATO. Gegen Scargills



Die zentristische Organisation Workers Power bejubelt Tony Blairs rassistische, arbeiterfeindliche New Labour Party. Die Spartacist League/Britain kämpft dafür, Arbeiter vom Labour-Reformismus zu brechen und für das Programm der sozialistischen Revolution zu gewinnen

„Klein England“-Politik betonten wir „das leninistische Verständnis: *Der Hauptfeind steht im eigenen Land.* Der Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa kann keinen Erfolg haben, solange es keinen Bruch mit allen Formen von Reformismus und Sozialchauvinismus gibt.“

Schmiedet eine revolutionäre Arbeiterpartei!

Wie tief die selbsternannte revolutionäre Linke im Umkreis von Labour verankert ist, sieht man daran, daß die meisten von ihnen offen Blairs Kandidatur für eine aufgewärmte Tory-Politik unterstützten. Im Gegensatz dazu erklärten wir: „Labour-Politik ist immer das Haupthindernis für einen revolutionären Kampf des Proletariats in Britannien gewesen, und deshalb ist es eine strategische Perspektive für Revolutionäre, die proletarische Basis von der prokapitalistischen Führung abzuspalten. Wenn eine reformistische Arbeitermassenpartei unabhängig von bürgerlichen Parteien kandidiert und vorgibt, dies im Interesse der Werktätigen zu tun, dann können Revolutionäre in Erwägung ziehen, ihr kritische Unterstützung zu geben, um den Widerspruch zwischen ihrer arbeiterfreundlichen Pose und ihrem prokapitalistischen Programm auszunutzen und so alle Illusionen zu zerstören, die Arbeiter in ihre Irreführer haben mögen. Aber bei dieser Wahl gibt es keinen solchen Widerspruch in bezug auf New Labour.“

Trotz des ganzen Geredes von WP über eine „revolutionäre Plattform“ innerhalb der SLP hatte WP nicht nur in Riesenlettern die Forderung „Wählt Labour“ auf der Titelseite ihrer Zeitung, sondern bestand auch auf nichts weniger als einem „Erdrutsch für Labour“. Bei einer SLP-Wahlveranstaltung im Londoner Stadtteil Vauxhall posaunte ein WP-Sprecher in einem Diskussionsbeitrag groß ihr „revolutionäres“ Programm heraus, bis ein Spartacist-Unterstützer aus dem Publikum dazwischenrief: „Zeig uns eure Titelseite!“ – was schallendes Gelächter im Saal hervorrief.

Auch wenn die Socialist Party (früher Militant Labour, in Deutschland die Sozialistische Alternative Voran) und die von Militant dominierte Scottish Socialist Alliance (SSA) eigene Kandidaten aufgestellt hatten, gaben auch sie einer Blair-Regierung indirekt Unterstützung und verdienten deshalb keine Unterstützung durch Marxisten. Mit ihrer Forderung „möglichst viele Stimmen gegen die Tories“ ließ die SSA sogar die Tür offen für die Wahl offen bürgerlicher Parteien wie der Scottish National Party. Militant ist auch berüchtigt für ihre Weigerung, den Abzug der britischen Truppen aus

Nordirland zu fordern, und für ihre abscheuliche Unterstützung von antikatholischen loyalistischen Killern wie Billy Hutchinson. Wir Spartakisten kämpfen für den sofortigen, bedingungslosen Abzug der britischen Truppen aus Nordirland, gleichzeitig sind wir gegen eine zwangsweise Wiedervereinigung und warnen davor, „daß es im Rahmen des Kapitalismus keine allen Seiten gerecht werdende Lösung für die nationale Unterdrückung in Irland geben kann... Wir kämpfen für eine irische Arbeiterrepublik in einer sozialistischen Föderation der britischen Inseln.“

Wir waren auch entschieden dagegen, der „Socialist Equality Party“ (SEP, in Deutschland die Partei für Soziale Gleichheit, früher BSA), die ein Abfallprodukt der Workers Revolutionary Party von Gerry Healy ist, eine Stimme zu geben. Die SEP ver-

teidigt immer noch den Angriff der WRP auf Scargill am Vorabend des Bergarbeiterstreiks, der zu einer Hexenjagd gegen ihn führte – sie brachte damals einen antikommunistischen Kreuzzug gegen die kämpferische Bergarbeitergewerkschaft ins Rollen, weil Arthur Scargill zu Recht die konterrevolutionäre polnische Solidarność als „antisozialistisch“ verurteilt hatte –, und ist heute offen gewerkschaftsfeindlich. Das Erbe des bewußten und wiederholten Überquerens der Klassenlinie durch die WRP konnte man auch am Wahlauftritt der Schauspielerin Vanessa Redgrave sehen, die Mitglied einer weiteren WRP-Absplitterung, der Marxist Party, ist und einst Gerry Healys prominentester Schützling war: „Warum ich für die [bürgerlichen] Liberaldemokraten stimmen werde“ („Why I will vote for the Lib Dems“, *Independent*, 23. April).

Das imperialistische Triumphgeheul über die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion, die durch jahrzehntelange politische Mißwirtschaft der Stalinisten unterminiert worden war, hat auf die Organisationen der Arbeiterklasse weitreichende Auswirkungen gehabt; das zeigte sich in der Kampagne von New Labour, ihre organischen Verbindungen zu den Gewerkschaften zu kappen, und in der Rechtsentwicklung eines Großteils der Linken. Unsere Kampagne der kritischen Wahlunterstützung für die SLP verschaffte uns eine größere Resonanz bei denjenigen, die New Labour ablehnen und für Sozialismus kämpfen wollen. Wir haben in der Praxis aufgezeigt, wie das Programm der SLP diese fest ins Lager von Labours Parlamentarismus einfügt. Als Spartacist-Sprecher bei SLP-Wahlveranstaltungen für den Kommunismus von Lenin und Trotzki eintraten, tat Scargill die Oktoberrevolution von 1917 ab und hielt statt dessen die Traditionen des „Sozialismus“ nach Art von Labour hoch – eine „Tradition“, die immer die Interessen des britischen Kapitalismus verteidigt hat. Wie es am Schluß der SL/B-Erklärung heißt:

„Die herrschende Klasse, die heute vom ‚Ende der Geschichte‘ redet, ist sich über eine Sache einig: es darf nie wieder eine Wiederholung der Russischen Revolution geben. Aber eine neue Oktoberrevolution ist genau das, was notwendig ist, und dafür brauchen wir eine Partei nach dem Modell der Bolschewiki von Lenin und Trotzki. Der Aufbau dieser Partei, die die revolutionäre Führung stellen wird, ist die Aufgabe der Spartacist League als Teil des Kampfes für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale.“

Nach Workers Hammer Nr. 156, Mai/Juni 1997

Antispartakismus: Nordens neue Zeitung

Die Idiotie des Potemkinschen Dorfes

Fürst Potemkin, der im 18. Jahrhundert mit seinen Bemühungen um die Entwicklung der dünnen russischen Steppen bei der Zarin Katharina Eindruck schinden wollte, soll detaillierte Fassaden künstlicher Dörfer aufgebaut haben, damit sie diese sehen würde, wenn ihre Kutsche durch die Gegend fuhr. Ein „Potemkinsches Dorf“ kam uns in den Sinn, als wir die erste Ausgabe des *Internationalist* (Januar/Februar 1997) sahen, ein 64seitiges, zweifarbiges Journal, das kürzlich von einer Handvoll Leute veröffentlicht wurde, die sich aus unserer Organisation abgesetzt hatten und sich jetzt „Internationalist Group“ (IG, Internationalistische Gruppe) nennen.

Der ehemalige Redakteur von *Workers Vanguard*, Jan Norden, seine Lebensgefährtin Marjorie Stamberg und sein langjähriger Schützling Negrete provozierten letzten Juni ihren Ausschluss aus unserer Organisation, anstatt einen offenen Kampf um ihre politischen Differenzen zu führen. Nordens gestörtes organisatorisches Verhalten, schrieben wir damals, war eine Widerspiegelung „einer zunehmend verzweifelten Suche nach anderen sozialen Kräften als dem Proletariat und nach anderen Mitteln als der leninistischen Avantgardepartei ...“

..., die die Sache des Kampfes für die Befreiung der Menschheit voranbringen sollten, sowie in einer Anpassung an diese Kräfte“ („Ein verschämter Abschied vom Troztkismus“, *Spartakist* Nr. 124, September/Oktober 1996). Wir bezeichneten dies als „Pabloismus des zweiten Aufgusses“ und bezogen uns damit auf die liquidatorische Strömung, durch die die Vierte Internationale in den frühen 50er Jahren zerstört wurde.

Angesichts des beginnenden imperialistischen Kalten Krieges und der Schaffung stalinistisch beherrschter deformierter Arbeiterstaaten in Osteuropa leugneten die Pabloisten die Notwendigkeit, trotzkistische Parteien aufzubauen, und versuchten statt dessen, die Stalinisten und Sozialdemokraten dazu zu drängen, einen „ungefähr“ revolutionären Kurs einzuschlagen. Umgekehrt spiegelt Nordens moderner Pabloismus die Verzweiflung über die Zerstörung der Sowjetunion und die imperialistische Schadenfreude über den „Tod des Kommunismus“ wider. Wie wir in unserem Artikel anmerkten:

„... für Norden wurde das Mißverhältnis zwischen dem, was wir anstreben, und dem gegenwärtigen Bewußtsein der Arbeiterklasse zu einem gähnenden, unüberbrückbaren Abgrund.

Er und Stamberg zeigten einen zunehmenden Pessimismus in die Fähigkeit unserer Partei und ihres revolutionären Programms, irgendeine Wirkung in der ‚Neuen Weltordnung‘ zu erzielen. Dies äußerte sich in immer häufigeren Breitseiten gegen den angeblich ‚abstrakten‘ oder ‚passiven‘ Propagandismus der IKL.“

Norden und sein kleiner Zirkel sahen den Kampf für programmatische Klarheit und für revolutionäre Führung zunehmend als Hindernis für ihre eigenen Gelüste, sich anzupassen und irgendwo hinterherzulaufen. Unser leninistisches Verständnis, daß es notwendig ist, dafür zu kämpfen, in die Verteidigungskämpfe der Arbeiterklasse revolutionäres Bewußtsein hineinzutragen, wurde den Norden-Leuten zunehmend fremd. Sie orientierten sich auf eine Anpassung an verschiedene nicht-revolutionäre Kräfte, von verknöcherten



Nordens *Internationalist* erinnert an die Pseudo„massen“zeitung, die er herausgab, bevor er Mitglied der Spartacist League wurde

Überresten der ehemaligen ostdeutschen stalinistischen Bürokratie bis zu Gewerkschaftsoportunisten in Brasilien. Die erste Ausgabe des *Internationalist*, mit seiner Glorifizierung eines allgegenwärtigen „Gegenschlags“ gegen die „Neue Weltordnung“ und seiner Verachtung für polemischen Kampf, legt dafür mehr als ausreichend Zeugnis ab.

Die ersten Ausgaben unserer Zeitung *Spartacist* bieten einen Vergleichspunkt. Die Revolutionary Tendency (RT, Revolutionäre Tendenz), Vorgängerin der Internationalen Kommunistischen Liga, wurde 1963 bürokratisch aus der Socialist Workers Party (SWP, Sozialistische Arbeiterpartei) ausgeschlossen, weil wir dagegen kämpften, daß die Mehrheit der SWP sich dem Pabloismus in die Arme warf, was sich besonders in ihrer Anpassung an den Castroismus und in ihrer Kapitulation vor Liberalen und schwarzen Nationalisten in der Bürgerrechtsbewegung ausdrückte. Die erste Ausgabe des *Spartacist* (englische Ausgabe, Februar/März 1964) widmeten wir unserem Kampf, in die SWP zurückzukehren, weil wir den internen Kampf fortsetzen wollten, Kader der SWP zurück zu einer revolutionären Perspektive zu gewinnen. Der Artikel auf der Titelseite hieß „Hexenjagd in der SWP“. Ein anderer hatte die Überschrift: „Nehmt die Suspendierungen zurück!“ Weitere Artikel beinhalteten eine Analyse des Castro-Regimes und Polemiken gegen die SWP und andere vorgeblich revolutionäre Organisationen über politische Schlüsselfragen.

Auch als die SWP 1965 definitiv zum Reformismus überging, was sich in ihrer Kapitulation vor dem bürgerlich-pazifistischen Ruf „Stoppt den Krieg in Vietnam!“ manife-

stierte, legten wir weiterhin Nachdruck auf Polemiken, die die Degenerierung der SWP nach rechts dokumentierten. Als ein Ergebnis gewannen wir aus der SWP im Laufe des nächsten Jahrzehnts mehrere Gruppierungen von Leuten, die sich nach links bewegten, für unsere Partei.

Nordens „Massenzeitung“

Man vergleiche dies mit den Norden-Leuten. Wochen nach ihrem Abgang deklarierten sie, die IKL hätte eine „zentristische Wende“ vollzogen. Im August veröffentlichten sie einen „Ersten Teil der Gründungserklärung der Internationalist Group“ – jetzt nachgedruckt im *Internationalist* (offensichtlich haben sie den Schlußteil nie herausgebracht) –, wo sie proklamierten: „Wir haben gegen diese Wende gekämpft und würden es noch heute in den Reihen der IKL tun, wenn es nicht unseren Ausschluß gegeben hätte, der den Charakter eines Erstschlages hatte, um einem fraktionellen Kampf zuvorzukommen.“

Die Behauptung, daß sie noch heute in der IKL kämpfen würden, ist lachhaft. Unsere Ursprünge als Minderheitstendenz, die bürokratisch ausgeschlossen wurde, brannte die Tatsache in unser Bewußtsein, daß Minderheiten *auch Recht haben können*. Deswegen sehen unsere Organisationsrichtlinien, im Gegensatz zu denen anderer linker Gruppen, das Recht auf Minderheitsfraktionen und -tendenzen vor – und wir drängten Norden und seine Gesinnungsgenossen ständig, dieses Recht in Anspruch zu nehmen, um eine politische Debatte nach demokratisch-zentralistischen Normen durchführen zu können, statt der Partei durch permanenten Fraktionismus im Untergrund zu schaden. Weniger als einen Monat vor seinem Abgang schrieb Norden ein Dokument mit dem Titel „Über die Erfindung von ‚unerklärten Fraktionen‘“ (10. Mai 1996), worin er kategorisch darauf beharrt: „Es gibt keine ‚unerklärte Vierer-Fraktion‘ in der IKL.“ Und am 7. Juni, dem Abend vor dem Parteiprozeß, den sie boykottierten, reichten Norden und Stamborg ein Dokument ein, in dem sie sich weiterhin beklagten, wir betrieben den „Versuch, eine voreilige Bildung von fraktionellen Gruppierungen zu provozieren, wenn es nur eine ungenügende politische Basis dafür gibt“.

Seit ihrem Abgang haben die Norden-Leute versucht, zwischen sich und unserer Organisation die größtmögliche Distanz zu schaffen. Anstatt zu versuchen, unsere Mitglieder zu gewinnen durch das Dokumentieren unserer angeblichen „zentristischen Wende“, durch Polemiken gegen uns über aktuelle Schlüsselfragen, haben sie ihre Appelle an einen kleinen Pool der rechten und demoralisiersten Elemente im Umfeld der Spartacist League gerichtet, sie fischen nach Leuten, die in der Vergangenheit unsere Organisation verlassen haben und nun eine Rechtfertigung dafür suchen. Soweit sich der *Internationalist* mit der IKL befaßt, tut er es überwiegend in der Form von Nachdrucken früherer Erklärungen der IG, die lediglich als Alibi für ihren Abgang dienen sollen.

Der Mangel an Polemiken im *Internationalist* zeigt, wie die IG in zentristischer Manier den Kampf für eine leninistische Avantgardepartei zurückweist. Der *Internationalist* ist im wesentlichen von der ersten („Mexiko: Regime in der Krise“) bis zur letzten Seite („Rassistischer Bullenterror in NYC entfacht wütende Proteste“) voller langatmiger, beschreibender, journalistischer Artikel. Seine äußere Erscheinung und sein Inhalt sollen den Eindruck von größeren Kräften vermitteln, und er

richtet sich an ein undifferenziertes „Massen“-Publikum. Es erinnert daran, was Leo Trotzki 1935 in seinem Artikel „Was ist eine ‚Massenzeitung‘?“ schrieb. Als die französische Gruppe um Molinier eine Pseudo-„Massenzeitung“ herausbrachte, die versprach, die „Sprache der Fabriken und Felder zu sprechen“, und „von dem Elend, das dort herrscht, zu berichten“, und „ihre Leidenschaft auszudrücken und zur Revolte aufzurütteln“, gab Trotzki folgenden beißenden Kommentar ab:

„Dies ist ein durchaus löbliches Vorhaben, obwohl die Massen sehr genau Bescheid wissen über ihr Elend und ihre Gefühle der Revolte (erstickt durch die patriotischen Apparate mit Hilfe der [zentristischen] Piveristen). Was die Massen von einer Zeitung verlangen können, ist *ein klares Programm und eine korrekte Orientierung*.“

Es paßt zu allem anderen, daß die Internationalist Group bemerkenswerterweise keinerlei Versuch unternimmt, sich in Abgrenzung zu anderen Organisationen und Tendenzen, die sich auf den Trotzkiismus berufen, zu definieren. Eine leninistische Partei strebt danach, die fortgeschrittensten Arbeiter und revolutionär eingestellte Intellektuelle für sich zu gewinnen. Um das zu tun, muß sie politisch den Anspruch anderer Tendenzen in der Arbeiterbewegung entlarven, besonders den der Zentristen, die sich als Revolutionäre geben. Deswegen besteht der überwiegende Teil von Lenins *Werken* nicht aus Beschreibungen darüber, wie die arbeitenden Massen unterdrückt werden, sondern aus polemischen Artikeln, die scharf die leninistische Avantgarde von Menschewismus und Zentrismus abgrenzen.

Alibi für einen verschämten Abgang

Da die Norden-Leute keine einzige programmatische Abweichung aufzeigen können, um ihre Behauptung zu untermauern, daß die IKL „sich in Richtung Zentrismus bewegt“, konstruieren sie eine Behauptung, daß wir den Klassenkampf in Brasilien „aufgaben“, indem wir die brüderlichen Beziehungen mit Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (LM/LQB) abbrachen. Die Vorstellung, daß brüderliche Beziehungen einen Prozeß darstellen, in dem die solide programmatische Übereinstimmung getestet wird, was einen ständigen politischen Kampf erfordert, ist Zentristen völlig fremd; ebenso fremd war sie den Norden-Leuten, als diese noch in der Partei waren. Wenn überhaupt,

Fortgesetzt auf Seite 14



Spartakist

Die IKL kämpfte 1989/90 für eine leninistisch-egalitäre Partei in der DDR und initiierte den antifaschistischen Massenprotest im Treptower Park in Berlin, wo eine Spartakist-Sprecherin die Rolle der Stalinisten verurteilte und für die Macht der Arbeiterklasse auftrat

Potemkin...

Fortsetzung von Seite 13

dann kann man uns vorwerfen, während der fast zwei Jahre, in denen wir brüderliche Beziehungen hatten, *übertrieben* geduldig mit LM gewesen zu sein. Aber Norden & Co. versuchten von Anfang bis Ende unseren Kampf mit LM um programmatische Klarheit zu unterminieren: von der „Erklärung brüderlicher Beziehungen“ vom September 1994 – gänzlich von Norden und Negrete geschrieben, um ein Ausmaß und eine Tiefe an programmatischer Übereinstimmung anzudeuten, die nicht existierten – über ihre andauernden Versuche, politische Kämpfe zu behindern, bis zu ihrem letztendlichen Block mit dem amorphen Zentrismus von LM gegen die IKL.

Mehr als ein Jahr lang nach unserer Aufnahme brüderlicher Beziehungen zu LM gab es kein Zeichen des Fortschritts in Richtung einer programmatisch basierten Fusion. Wir luden dann einen führenden Vertreter von LM zu einem autoritativen Treffen unseres Internationalen Exekutivkomitees im Januar 1996 ein. Der Genosse akzeptierte vollständig unsere politische Charakterisierung, daß LM eine Gewerkschaftsfraktion ohne eine Partei sei. Er erklärte, daß er mit der Notwendigkeit übereinstimme, LM in eine trotzkistische Propagandagruppe, den Kern einer leninistischen Avantgardepartei in Brasilien, umzuwandeln durch einen Plan für gemeinsame Arbeit – Veröffentlichung eines Partei-Propagandaorgans, Ausweitung der Präsenz von LM auf ein wichtiges städtisches Zentrum und den Versuch, neue Mitglieder aus der jüngeren Generation zu gewinnen. Bei diesem Treffen erfuhren wir, daß eine Gewerkschaft der städtischen Arbeiter, für deren Führung LM als Berater agierte, einen erheblichen Anteil an Bullen hatte. Wir kämpften mit LM darum, eine Kampagne zu führen, um die Bullen aus der Gewerkschaft hinauszuerwerfen, und investierten bedeutende Ressourcen für den Aufenthalt eines IKL-Vertreters in Brasilien, um in dieser Angelegenheit und bei der Umwandlung von LM in den Kern einer trotzkistischen Avantgarde Unterstützung zu geben.

Nach sechs Monaten intensiver politischer Diskussion,



Erste Ausgabe von James P. Cannons *Militant* (1928) versuchte, KP-Mitglieder vom Stalinismus zu brechen und für den Trotzismus zu gewinnen. Ebenso attackierte der erste *Spartacist* im Kampf um die Rekrutierung von Kadern unseren bürokratischen Ausschluß aus der SWP

durch einen Vertreter der IKL vor Ort und durch wiederholte Briefe unseres Internationalen Sekretariats, wurde es klar, daß LM/LQB eine „Internationale“ wollte, die nur ein Potemkinsches Dorf wäre und die ihre prinzipienlosen gewerkschaftlichen Manöver finanziell und anderweitig unterstützen würde, unter anderem die Position eines LM-Führers als nichtgewählter „Berater“ dieser von Bullen durchsetzten Gewerkschaft. In einem Brief an LM vom 11. Juni 1996 warnten wir, die fortlaufende „Unterordnung der prinzipiellen Fragen unter den täglichen Kampf um Einfluß auf die Gewerkschaftsführung [muß] ... unweigerlich zu fortgesetzten Provokationen der Polizei führen, sowohl von seiten der politischen Kräfte, die die Polizei führen, als auch von seiten der ‚Linken‘, die auf deren Geheiß handeln... Die Basis, auf die revolutionäre Marxisten ihr Vertrauen setzen und um die sie kämpfen, ist an der *Basis* der Gewerkschaft – bei den wirklichen Arbeitern.“

Macho-Posen und Lügen

Aber so wie LM eine „Internationale“ wollte, die nur ein Potemkinsches Dorf war, wollten ebenfalls die Norden-Leute eine brasilianische „Sektion“ als Potemkinsches Dorf. Sie werfen sich als Macho-„Klassenkämpfer“ in Pose und behaupten wiederholt, ein Vertreter der IKL habe bei einem Treffen am 16. Juni 1996 zu LM gesagt, daß wir „unsere Hände aus dem kochenden Wasser ziehen“ müssen. Nordens Schützling Negrete ist ein bekannter Meister darin, Halbsätze aus dem Kontext zu reißen, die, wenn man sie vollständig zitiert, das Gegenteil dessen bedeuten, was dieser große Fachmann auf dem Gebiet der Lügenpropaganda behauptet. Nordens und Negretes Verbündete von LM/LQB haben ein Tonband von jener Sitzung, also wissen sie, was tatsächlich gesagt wurde. Unser Genosse erklärte LM, ihre Gewerkschaftspolitik „entspricht eher der Politik der gesamten Linken in Brasilien und Lateinamerika, die darin besteht, zu versuchen viele Gewerkschaften zu kontrollieren, um mit ihren Rivalen zu konkurrieren“. Der IKL-Vertreter zitierte die Ansicht des LM-Führers Cerezo, die IKL wolle nicht „involviert werden in echte Gewerkschaftsarbeit, wo wirkliche Kämpfe existieren“, und antwortete, dies sei genau die Linie der zentristischen LBI-Gruppe, die die für die Bullen eintretende Fraktion von Artur Fernandes in der Gewerkschaft der städtischen Arbeiter unterstützt. Unser Genosse fuhr fort:

„Ich glaube, daß ihr dem Druck nachgibt und deren Spiel mitmacht. Der bürgerliche Staat, Artur, die LBI und all diese Organisationen wollen uns in einen Kessel mit kochendem Wasser stecken. Das ist jetzt die Situation ..., und wir sagen euch, laßt uns unsere Hände aus diesem ko-

Neu!
Lenin und die Avantgardepartei
DM 3,- plus DM 1,50 Porto (56 Seiten)
Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 555
10127 Berlin
Konto 119 88-601
Postbank
Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
SPARTAKIST-Broschüre DM 3,-

chenden Wasser ziehen und unsere Aufmerksamkeit, unsere Zeit dem Aufbau einer revolutionären Partei widmen! Der Vorschlag unserer Organisation ist also, daß wir darauf hinarbeiten, eine bewußte Transformierung der brasilianischen Organisation in eine trotzkistische Partei durchzuführen, deren Priorität die Veröffentlichung einer Zeitung ist, deren Priorität die Rekrutierung junger Arbeiter innerhalb der Stahlindustrie ist, die beginnt, die Möglichkeit zu organisieren, daß ... wir in einer Industriestadt arbeiten können, wo wir anfangen können, Kontakt zu dem Proletariat aufzunehmen und zu den Jugendlichen, die nach einer revolutionären Orientierung suchen.

Lenin entschied sich dafür, Rußland in seiner Jugend zu verlassen und nach England zu gehen, um von England aus eine Zeitung herauszugeben, die *Iskra*, nicht weil er ‚Angst‘ davor hatte, Arbeit in den Gewerkschaften zu machen – jeder machte Arbeit innerhalb der Gewerkschaften. 1903 schrieb er *Was Tun?* – ein sehr wichtiges Buch, wo er sagt: Ihr, die Gewerkschafter, werdet nicht die Revolution machen – wir brauchen eine Partei von Berufsrevolutionären. Und wir können Lenin nicht vorwerfen, Angst gehabt zu haben, Rußland verlassen zu haben, die Gewerkschaftsarbeit aufgegeben zu haben, denn all dem haben wir die Oktoberrevolution zu verdanken.“

In einer neuen „gemeinsamen Erklärung“ mit LM/LQB und an anderer Stelle im *Internationalist* wirft die IG der IKL – die den Kampf initiierte, die Bullen aus der Gewerkschaft zu werfen – wiederholt Feigheit vor, weil wir angeblich „behaupten, daß die Verbindung zur LQB/LM bei dieser Arbeit ein ‚inakzeptables Risiko für die Avantgarde‘ darstelle“. Folgendes schrieb die IKL in ihrem Brief vom 17. Juni 1996, der die brüderlichen Beziehungen abbrach und der persönlich an LM übergeben wurde:

„Tatsächlich haben sich die Provokationen fortgesetzt und sind nun eskaliert zu einer Kampagne von schmutzigen Tricks und von Gewalt, die nicht nur die Perspektive für eine trotzkistische Avantgarde bedroht, sondern auch die physische Sicherheit von Genossen der LM/LQB und Vertretern der IKL, möglicherweise mit Verhaftung und Gefängnis (oder Schlimmerem), und dies bedroht auch die bloße Existenz der Gewerkschaft selbst. Es ist der Gipfel von politischer Verantwortungslosigkeit, an dem durch Manöver erreichten Posten von Cerezo festzuhalten als einer höheren ‚Errungenschaft‘ für die Arbeiter als ihre Gewerkschaft oder als die Partei, die das notwendige Werkzeug ist für den Sieg des Proletariats innerhalb Brasiliens und darüber hinaus. Dies spiegelt einen einfältigen Leichtsinns gegenüber dem bürgerlichen Staat wider. Das opportunistische Manövrieren von LM/LQB an der Spitze der Gewerkschaft ist tatsächlich *entgegengesetzt* zur Aufgabe, eine revolutionäre trotzkistische Partei zu schmieden.

Von dem Posten zurückzutreten, für den Du nie gewählt

wurdest, heißt nicht, daß Du wegrennen sollst von dem politischen Kampf dafür, die Basis der Gewerkschaft gegen Übergriffe des bürgerlichen Staates und seiner bewaffneten Menschen zu mobilisieren. Wir haben jeden Versuch unternommen, bei der Produktion einer trotzkistischen Zeitung in Brasilien zu helfen, nicht zuletzt, um Propaganda und Agitation zu den dringenden Fragen herzustellen, die sich in den gewerkschaftlichen Kämpfen heute stellen. Die LM/LQB hat ständig die Produktion von Parteipropaganda und Polemiken gegen die pseudolinken Hexenjäger, die vor den Arbeitern bloßgestellt und diskreditiert werden müssen, hinausgezögert. Die IKL hat auch politisch und finanziell Verantwortung übernommen, um Euch bei der legalen Verteidigung zu unterstützen...

Die offensichtlich eingefleischten Praktiken der LM/LQB in den Gewerkschaften spiegeln eine unvollständige Lostrennung von der Volksfront wider und eine Fortführung der Praktiken der brasilianischen Pseudo-Trotzkisten, die sich auf ähnliche Weise in die Gewerkschaften hineinmanövrieren, um eine Machtbasis zu ha-



Während der Streikwelle in Frankreich im Dezember 1995 betonten unsere Genossen von der LTF die Notwendigkeit, eine multiethnische revolutionäre Partei zu schmieden, um die Arbeiterkämpfe zum Sieg zu führen

ben und den leninistischen Parteaufbau zu vermeiden. Wißt Ihr, wohin Ihr da treibt?

Da die LM/LQB offensichtlich hartnäckig an ihrem opportunistischen Kurs festhält, lösen wir die brüderlichen Beziehungen auf und trennen unsere Organisationen. Wir hoffen auf Gelegenheiten für gemeinsamen Kampf.“

Wie wir in einem früheren Artikel schrieben: „Die wirkliche Geschichte ist die, daß die Norden-Leute es angesichts ihrer eigenen zentristischen Gelüste unglaublich finden, daß wir mit einer Gruppe von Gewerkschaftsmilitanten brechen über etwas für sie so Unwichtiges wie die Parteifrage“ (*Workers Vanguard* Nr. 651, 13. September 1996). In der Tat, die IG bevorzugt die lauwarmen Gewässer der amorphen zentristischen Kombinationspolitik, die sich hirnlos über den „Kampf“ der Massen begeistert und den schwierigen Kampf für eine revolutionäre Führung meidet.

IG läßt permanente Revolution „verschwinden“

In unserem Artikel „Abbruch brüderlicher Beziehungen mit Luta Metalúrgica“ (*Spartakist* Nr. 124, September/Oktober) *Fortgesetzt auf Seite 16*

Potemkin...

Fortsetzung von Seite 15

ber 1996) kritisierten wir das offenkundige Weglassen des Programms der permanenten Revolution in der Erklärung brüderlicher Beziehungen von 1994. In ihrer eigenen aktuellen gemeinsamen Erklärung verkünden IG und LQB einfach „die fortdauernde Gültigkeit der grundsätzlichen Punkte der Übereinstimmung“ aus der früheren Erklärung und weigern sich auffälligerweise erneut, die permanente Revolution aufzugreifen. Doch dies ist eine zentrale Frage der proletarischen Klassenstrategie in halbkolonialen Ländern – um auch nur die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution zu vollenden, muß das Proletariat, an der Spitze der Bauernschaft, der einheimischen Bourgeoisie die Macht entreißen und dafür kämpfen, die sozialistische Revolution auf die imperialistischen Länder auszuweiten. Diejenigen, die diese Perspektive ablehnen, landen schließlich notwendigerweise bei der Unterstützung oder Rechtfertigung von Blöcken zwischen den Klassen – Volksfronten – mit Teilen der „nationalen“ Bourgeoisie im Namen einer „antiimperialistischen Einheitsfront“.

Die Theorie der permanenten Revolution geht von dem Verständnis aus, daß in den kolonialen und halbkolonialen Ländern, in ihrer Entwicklung zurückgehalten als Ergebnis imperialistischer Dominanz, die schwachen einheimischen Bourgeoisien an ihre imperialistischen Herren gebunden sind. Gleichzeitig gibt dies den halbkolonialen Bourgeoisien eine gewisse Bewegungsfreiheit, um gelegentlich die Massen gegen imperialistische Übergriffe zu mobilisieren. Trotzki führte in „Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“ (1940) aus: „Unter diesen Umständen ist die Regierung [des kolonialen/halbkolonialen Landes], soweit sie dem ausländischen Kapitalismus Widerstand zu leisten versucht, gezwungen, sich mehr oder weniger auf das Proletariat zu stützen.“ Aber die „antiimperialistische Einheitsfront“ führt zu oft blutigen Niederlagen für die Arbeiter, wenn die einheimische Bourgeoisie, aus Furcht vor einer Herausforderung ihrer Klassenherrschaft, gemeinsam mit den Imperialisten gegen das mobilisierte Proletariat vorgeht. Tschiang Kaischeks blutige Unterdrückung der Chinesischen Revolution 1925–27 zeigte: Die zweite Etappe der „Revolution in Etappen“ ist Massenmord an Kommunisten! Das unterstreicht lediglich die zentrale Aussage der permanenten Revolution, die für die politische Unabhängigkeit des Proletariats von der halbkolonialen Bourgeoisie eintritt.

Das Versäumnis der IG, die permanente Revolution in ihrer gemeinsamen Erklärung mit der brasilianischen Gruppe aufzugreifen, ist keine einmalige Weglassung. Zwei Artikel über Mexiko, die insgesamt fast 20 Prozent des *Internationalist* ausmachen, enthalten weder das Wort noch das Programm der permanenten Revolution. (Wir warten auf Nordens übliches Rechtsanwalts-Plädoyer, daß ihr Hauptartikel über Mexiko, neun Seiten lang, nur der erste von zwei Teilen ist!) In einem der seltenen polemischen Ergüsse des *Internationalist* nimmt uns ihr Mexiko-Hauptartikel auch deshalb ins Gebet, weil wir „in einer gegen die Internationalist Group gerichteten Polemik ... [behaupten,] daß lateinamerikanische Bauern den Überresten des Feudalismus ausgesetzt sind“. Der Artikel, auf den sie sich beziehen, ist tatsächlich eine Einleitung zu der erstmaligen spanischen Übersetzung von zentralen Schriften des trotzkistischen Führers James P. Cannon, herausgegeben unter dem Titel „Der Kampf für eine revolutionäre Partei“ im neuesten spanischsprachigen *Spartacist* (Nr. 27, Dezember 1996; siehe auch *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 18, Frühjahr 1997).

Der *Internationalist* zitiert unseren Aufruf zu der „Zer-

störung feudaler Fronarbeit auf dem Lande“ und unseren Hinweis auf „das Erbe des spanischen feudalen Kolonialismus“ in Lateinamerika und verkündet: „Der Mythos des lateinamerikanischen ‚Feudalismus‘, jetzt von der Spartacist League wiederholt, wurde von den stalinisierten kommunistischen Parteien erfunden, um ihre Etappenpolitik zu rechtfertigen.“ Argumentiert die IG, daß es keine Überreste der vorindustriellen Gesellschaft in Mexiko und anderen lateinamerikanischen Ländern gibt? Trotzki schrieb 1934 in „Der Krieg und die Vierte Internationale“:

„In Südamerika, wo der verspätete und bereits faulende Kapitalismus die Verhältnisse eines halbkolonialen, d.h. halbversklavten Daseins aufrechterhält, erzeugen die Weltantagonismen einen heftigen Kampf der Compradorenlíquien, unaufhörliche Umstürze im Innern der Staaten und chronisches Kriegsgeplänkel zwischen ihnen.“

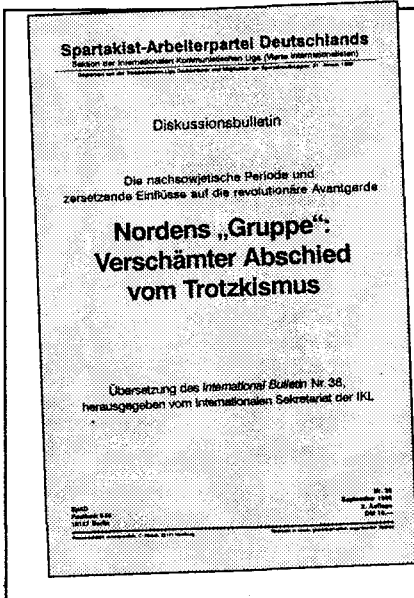
Wenn die IG leugnet, daß auf Lateinamerika noch das Erbe des spanischen Feudalkolonialismus lastet, dann lehnt sie theoretisch das Programm der permanenten Revolution für diese Region offen ab. In der Tat erwähnt der Artikel der IG über Mexiko noch nicht einmal die Frage der Agrarrevolution. In der Praxis kann das nur bedeuten, daß das revolutionäre Proletariat und seine Avantgardepartei die Führung des Kampfes darüber und über Fragen wie den Schuldfrondienst und den Rassismus gegen die indianische bäuerliche Bevölkerung solch populistischen Bauern-Guerrillas wie den Zapatistas überläßt.

Pabloismus des zweiten Aufgusses

Es ist bemerkenswert, daß die IG seit ihrer Formierung kaum etwas über Deutschland geschrieben hat. Hatte doch gerade über Deutschland der interne politische Kampf mit Norden begonnen. Norden gab seinen opportunistischen Gelüsten einen eklatanten öffentlichen Ausdruck in einer Rede, die er im Januar 1995 an der Humboldt-Universität in Berlin hielt, als Teil seiner „Umgruppierungs“-Orientierung auf die altersschwachen Überreste der ehemals herrschenden ostdeutschen stalinistischen Partei, der SED, inzwischen zu finden im „Kommunistische Plattform“-Flügel



Arme Bauern, niedergemetzelt von der Militärpolizei in Para in Nordbrasilien im April 1996. Wir kämpften mit LM, um sie dazu zu bringen, einen Kampf für den Rausschmiß der Bullen aus der Gewerkschaft zu eröffnen, deren Führung von LM beraten wurde



SpAD-Diskussionsbulletin Nr. 25
Übersetzung des *International Bulletin*
Nr. 38

DM 10,- plus DM 1,50 Porto (164 Seiten)

**Die Norden-„Gruppe“:
Polymorpher Opportunismus**

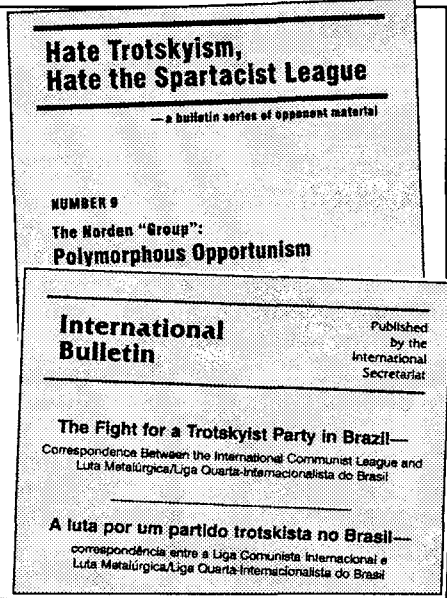
Enthält das Bulletin der Norden-„Gruppe“ vom Juli 1996 und eine Einleitung (auf englisch)
DM 8,- plus DM 1,50 Porto (164 Seiten)

**Der Kampf für eine
trotzkistische Partei in Brasilien**

Enthält die Korrespondenz zwischen der Internationalen Kommunistischen Liga und Luta Metalúrgica/Liga Quarta-Internacionalista do Brasil (auf englisch, spanisch und portugiesisch)

DM 12,- plus DM 1,50 Porto (184 Seiten)

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde,
Postfach 555, 10127 Berlin, Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 10060, Konto 11988-601



der sozialdemokratischen SED-Nachfolgepartei, der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS). Um dies zu erreichen, verschwieg Norden, was der zentrale Zweck und die Absicht der Intervention der ICL in Ostdeutschland während der stürmischen Ereignisse 1989/90 war: eine politische Revolution zu organisieren gegen das stalinistische Regime und gegen die Gefahr der kapitalistischen Konterrevolution.

In seiner Rede leugnete Norden wiederholt die Rolle der ICL als die bewußte revolutionäre Avantgarde, die trotz der Ungleichheit der Kräfte in einem politischen Kampf mit den Stalinisten stand, die dabei waren abzudanken. Statt dessen versuchte er, der SED eine Amnestie zu verschaffen durch die Behauptung, sie sei angesichts der Konterrevolution „paralysiert“ gewesen. In dem politischen Kampf gegen diesen Revisionismus in unserer Organisation argumentierten wir, daß die Stalinisten alles andere als „paralysiert“ gewesen waren, sondern die Konterrevolution *geführt* hatten. Die Führer der SED erkannten, daß sie die Zielscheibe einer politischen Revolution sein würden, und taten alles, was in ihrer Macht stand, um dies zu verhindern – so demobilisierten sie Armee-Einheiten, in denen sich Soldatenräte gebildet hatten, und sie lösten die bewaffneten Betriebsmilizen auf, die das organisierte politisch/militärische Zentrum einer solchen Revolution hätten werden können (siehe „Für den Kommunismus von Lenin und Trotzki!“, *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 15, Frühjahr 1993).

Der politische Kampf zwischen dem trotzkistischen Programm der proletarischen politischen Revolution und dem Verrat der Stalinisten wurde klar, als im Januar 1990 eine viertel Million Menschen an einer Kundgebung teilnahmen, die wir gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals in Ostberlins Treptower Park initiiert hatten. Jetzt druckt der *Internationalist* ein Dokument von Norden aus dem Juli 1996 nach, das seine opportunistische Orientierung auf die Kommunistische Plattform zu rechtfertigen versucht, und zeigt dazu das Foto unserer Rednerin auf der Tribüne der Treptower Demonstration mit der Bildunterschrift: „Wenn sie [die SED] die Konterrevolution ‚führte‘, was machte die ICL gemeinsam mit ihr auf der Tribüne in Treptow?“ Die wirkliche Frage war, warum einer führenden Trotzkinin erlaubt wurde, bei einer stalinistisch dominierten Kundgebung zu reden? Die SED-PDS – aus Nervosität darüber, angesichts wachsender Unruhe in der Arbeiterklasse jegliche verbleibende Autorität zu verlieren, und unter starkem Druck durch die Unterstützung, die unser Programm gewann, besonders in Betrieben in und um Berlin – legte sich mächtig ins Zeug, um diese Demonstra-

tion zu übernehmen, nachdem wir ursprünglich dazu aufgerufen hatten.

Wo die Sozialdemokraten offen die kapitalistische Konterrevolution förderten, gab die SED weiterhin vor, die DDR zu verteidigen. Als Teil unseres Bestrebens, eine Einheitsfront zustandezubringen, wollten wir die Rolle der SED vor den arbeitenden Massen bloßlegen. Norden kann sich eine Einheitsfront nur als einen Nichtangriffspakt vorstellen. In Treptow gab es, wie in jeder echten Einheitsfront, eine *Verschärfung* des politischen Kampfes zwischen den konkurrierenden Kräften – der trotzkistischen ICL und der stalinistischen SED-PDS. In der ersten öffentlichen trotzkistischen Rede in einem deformierten Arbeiterstaat seit den 20er Jahren warnte unsere Sprecherin, der „BRD-Imperialismus, [der] Hilfe bekommt von der SPD, kann diese politische Revolution in eine soziale Konterrevolution verändern“, und argumentierte, „die Diktatur der SED-Partei hat gezeigt, daß sie untauglich ist, dagegen anzugehen“. Zum Schluß rief sie dazu auf, eine leninistisch-egalitäre Partei zu schmieden, und forderte: „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht!“ Was die stalinistischen Krakeeler in den ersten Reihen der Demonstration betraf, so johlten die immer wieder und versuchten unsere Genossin zum Schweigen zu bringen.

Treptow war der Wendepunkt. Die prosowjetische Massenkundgebung in Treptow und die Präsenz von Trotzisten auf der Rednertribüne, die die SPD – das favorisierte Werkzeug des westdeutschen Imperialismus – als „trojanisches Pferd der Konterrevolution“ anprangerten, provozierten ein Wutgeheul der Bourgeoisie und ihrer Lakaien. Innerhalb weniger Tage, unter dem Druck der Parteien des westdeutschen Imperialismus, die damals am „Runden Tisch“ der DDR-Interimsregierung saßen, verwarf die SED die Treptower Demonstration. Nur Tage später gab der sowjetische Präsident Gorbatschow grünes Licht für die kapitalistische Wiedervereinigung, die ostdeutschen Wahlen wurden Hals über Kopf vorgezogen, um jede potentielle Opposition zu unterdrücken, und die SED-PDS trat offen auf die Seite der Konterrevolution. Ihre Position als die Herrschenden des deformierten Arbeiterstaats gab ihnen die einzigartige Möglichkeit, sich an die Spitze des Ausverkaufs der DDR an die finanzstarken Kräfte des vom Vierten Reich inspirierten kapitalistischen Anschlusses zu stellen.

Im August 1917 führten Lenins Bolschewiki auf dem Schlachtfeld den Kampf gegen den Angriff des reaktionären Generals Kornilow auf die schwankende bürgerliche Kerenski-Regierung. Diese hatte erst einen Monat zuvor ihre eigene konterrevolutionäre Rolle zur Genüge klar gemacht,

Fortgesetzt auf Seite 18

Potemkin...

Fortsetzung von Seite 17

als sie in den „Jultagen“ die Bolschewiki unterdrückte. Ein paar Monate später führten die Bolschewiki die Oktoberrevolution, die Kerenskis Regime stürzte und den ersten Arbeiterstaat der Geschichte errichtete. Würde man die Methodologie der IGLer, rückwärts durch ein Teleskop zu schauen, auf die Oktoberrevolution anwenden, dann könnte es in der nächsten Ausgabe des *Internationalist* (sollte eine erscheinen) eine Bildunterschrift geben mit der Frage: „Wenn sie [die Kerenski-Regierung] die Konterrevolution ‚führte‘, was machten die Bolschewiki zusammen mit ihnen auf dem Schlachtfeld gegen Kornilow?“

Norden behauptet wutschnaubend, wenn man sage, daß die SED die Konterrevolution führte, dann leugne man Trotzki's Position über den Doppelcharakter der stalinistischen Bürokratie – eine nationalistische parasitäre Kaste, die als Transmissionsriemen für den Imperialismus diene, während sie über einer kollektivierten Wirtschaft thronte. Darauf haben wir schon früher geantwortet, daß Norden sich hier „eine Anleitung von Pablo holt, nach dessen Auffassung eine der Bürokratie eigene progressive Seite mit einer eher reaktionären Seite koexistierte“. Der *Internationalist* versucht nicht einmal darauf zu antworten. In *Verratene Revolution* betonte Trotzki, daß die kleinbürgerliche Bürokratie eine organische Tendenz habe, sich in eine kapitalistische herrschende Klasse zu verwandeln, „doch brauchte die bürgerliche Restauration wahrscheinlich weniger Leute zu entfernen als eine revolutionäre Partei“ im Fall einer proletarischen politischen Revolution.

Und wenn die Behauptung, daß die Stalinisten die Konterrevolution führten, eine Revision des Trotzkiismus sein sollte, wie Norden meint, dann hat sich auch Trotzki selbst in seinen Schriften über die Spanische Revolution in den 30er Jahren dieser „Revision“ schuldig gemacht. Die SED stellte eine parasitäre Kaste dar, die auf dem ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat thronte, während im kapitalistischen Spanien der Kreml und seine Helfershelfer die Unterdrückung der proletarischen Revolution im Namen der „antifaschistischen Einheit“ förderten. Doch Trotzki's Charakterisierung der Rolle der Stalinisten in der republikanischen Volksfrontregierung trifft genau zu. In seinem Artikel „Klasse, Partei und

Führung“ vom August 1940 schrieb Trotzki:

„Die konsequenteste Politik im herrschenden Block wurde von den Stalinisten betrieben. Sie waren die kämpfende Avantgarde der bürgerlich-republikanischen Konterrevolution.“

Trotzki's Schriften über Spanien sind Norden gewiß nicht unbekannt. Aber er hat ihren zentralen Lehren abgeschworen. Dies war klar, als er in seiner Humboldt-Rede vor einem Haufen abgetakelter Stalinisten die blutige Unterdrückung der spanischen Arbeiterrevolution durch den Kreml tief unter den Teppich kehrte und Stalins Verbrechen in Spanien darauf beschränkte, er habe „nur begrenzt Munition“ an die bürgerliche republikanische Regierung gesandt.

IG: Immer vorwärts mit dem ökonomistischen „Gegenschlag“

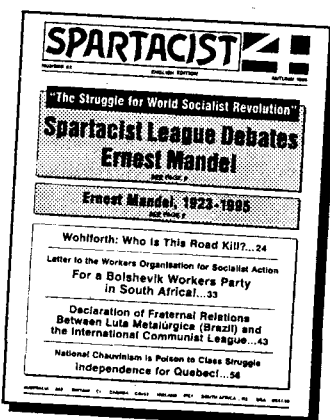
Floskeln über die Notwendigkeit einer revolutionären Partei sind mit leichter Hand über den *Internationalist* gesprengelt, aber im Grunde glorifizieren die Norden-Leute die existierenden ökonomistischen Kämpfe (und das entsprechende Bewußtsein) der Arbeiterklasse. Ein klares Beispiel dafür ist ihr Artikel über den Streik der französischen LKW-Fahrer im Dezember letzten Jahres, der frohlockt: „Während die Kämpfe der europäischen Arbeiter in den letzten Jahren einen überwiegend defensiven Charakter hatten ... war die Aktion der LKW-Fahrer ein offensiver Streik eines relativ schlecht bezahlten Sektors, der neue Errungenschaften erkämpfen wollte.“ In einem Brief an unsere französische Sektion über den IG-Artikel wies Liz Gordon, Mitglied des Internationalen Sekretariats, auf den Zweck hinter dem Gerede der Norden-Leute über einen „offensiven Streik“ hin:

„Sie versuchen die gewaltigen Implikationen des Untergangs der UdSSR auf die Neue Weltordnung zu leugnen, indem sie das Gemälde einer Welt entwerfen, die vor Arbeiterkämpfen brodeln, eine Art universeller ‚Gegenschlag‘. Dies dient ihrer Leugnung der Rolle des Bewußtseins und der unabdingbaren Notwendigkeit einer leninistischen Avantgardepartei, die für dieses Bewußtsein im Proletariat kämpft. Sie glorifizieren gewerkschaftliche Militanz, um die Rolle der Avantgarde zu verbergen, die das revolutionäre Bewußtsein von außen in die Klasse hineinträgt – um zu suggerieren, daß

SPARTACIST

Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.



English edition No. 52
(56 pages) DM 3,-



Edition français n° 30
(64 pages) DM 3,-



Deutsche Ausgabe Nr. 18
(64 Seiten) DM 3,-



Edición en español No. 27
(56 páginas) DM 3,-

Preise zuzüglich DM 1,50 Porto; vorhergehende Ausgaben erhältlich. Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 555, 10127 Berlin

die Arbeiterklasse ‚spontan‘ revolutionäres Bewußtsein im Verlauf ihrer ökonomischen Kämpfe gewinnt, wo diese Kämpfe doch ‚unweigerlich‘ größer und größer und militanter und militanter werden.“

Was die Norden-Leute vertreten, ist Pabloismus: die Leugnung des leninistischen Verständnisses, daß ohne Intervention einer revolutionären Partei die spontanen ökonomischen Kämpfe des Proletariats verpuffen oder durch die reformistische Führung abgelenkt werden, bevor sie im Kampf um die Macht die revolutionären Früchte tragen. Dieser Standpunkt übersieht natürlich auch bequemerweise die Tatsache, daß endlose militante Kämpfe, in denen nie das Bewußtsein erreicht wird, daß es notwendig ist, gegen die gesamte herrschende Klasse und ihren Staat für proletarische Macht zu kämpfen, am Ende nicht zu einer „spontanen“ Revolution, sondern zu einer harten und meist blutigen Antwort seitens der Kapitalisten führen werden, die sich im Extremfall, wenn notwendig, sogar an die Faschisten wenden, um dem Proletariat das Rückgrat zu brechen und die „Ordnung“ wiederherzustellen.

Die Definition der IG, „offensive“ Kämpfe seien solche, die auf neue ökonomische Errungenschaften abzielen, im Gegensatz zur Verteidigung bereits erzielter Errungenschaften, ist sehr bequem für diejenigen, die ökonomische Kämpfe des Proletariats größer darstellen wollen, als sie sind. In ihrem Brief bemerkte Genossin Gordon:

„Es ist vielleicht nützlich, sich das Beispiel von Samuel Gompers anzusehen, dem langjährigen Führer der amerikanischen Facharbeitergewerkschaften vor dem Aufstieg der CIO-Industriegewerkschaften. Er war für seine Ein-Wort-Parole berühmt: ‚Mehr!‘ Mit dieser Losung drückte er seine unverfrorene prokapitalistische Perspektive aus – explizit feindlich gegenüber denjenigen (das heißt den Sozialisten), die meinten, daß die Arbeiter für eine andere Art gesellschaftlicher Ordnung kämpfen sollten, beharrte er darauf, daß es der einzige Zweck von Gewerkschaften sei, für mehr materielle Annehmlichkeiten im Kapitalismus zu kämpfen.“

Entsprechend der Logik der IG wäre der feige Gompers ein Ausbund von „offensiv“ eingestellter Gewerkschaftspolitik!

Norden entdeckt seine Wurzeln neu

Die IG tut höhnisch unseren angeblichen „passiven Propagandismus“ ab – ein abgegriffener Vorwurf gegen Leninisten-Trotzkisten, den alle Sorten von Zentristen bei der Hand haben –, aber dies ist einfach ein Deckmantel für ihre eigene Preisgabe des Kampfes für eine revolutionäre Partei. Es ist bemerkenswert, daß die IG in ihrem winzigen Artikel mit der Forderung: „Weg mit den Anklagen gegen Anti-Klan-Demonstranten in Chicago!“ keinen Versuch macht, unsere Führung des Einheitsfrontprotests vom 29. Juni – der eine gewalttätige Provokation des Ku Klux Klan in die Flucht schlug – mit ihren Behauptungen über „Abstentionismus“ der Spartakisten in Einklang zu bringen. Als Norden etwas zu sagen hatte in der Arbeit unserer deutschen Sektion, drängte er darauf, daß unsere Genossen herumrennen, um ökonomistische „Kämpfe“ zu unterstützen und Foto-Berichte über „antifaschistische Aktionen“ ohne viel politischen Inhalt zu bringen, wie beispielsweise die rein symbolische Verteidigung eines Immigrantenwohnheims in Berlin im Januar 1993. Diese Episode steht in scharfem Kontrast zu dem militanten Protest in Berlin am 15. Februar, der die Nazis aus Hellersdorf verjagte, wo sie eine Kundgebung abhalten wollten. Unsere Genossen der Spartakist-Arbeiterpartei – nicht zuletzt durch scharfe Polemiken gegen die von der PDS geförderten Illusionen, sich auf den kapitalistischen Staat zu verlassen – gaben den Hunderten, die die Nazis *stoppen* wollten, eine revolutionäre Führung. Und die gleiche PDS, deren konterrevolutionäre Rolle im

Jahr 1990 Norden reinwaschen will, führt jetzt die Meute bei einer Hexenjagd an, die den Linken, die den Nazi-Aufmarsch verhinderten, Gewalttätigkeit vorwerfen.

Die „Internationalist“ Group will nur ein weiterer „linker“ Hochjubler der existierenden Kämpfe der Arbeiterklasse und der Unterdrückten sein und sich damit an das falsche Bewußtsein der Arbeiter anpassen, die die kapitalistische Ordnung als permanent ansehen. Im Gegensatz dazu kämpfen wir Marxisten dafür, dem Proletariat das Bewußtsein von der Notwendigkeit neuer Oktoberrevolutionen zu vermitteln, es von einer „Klasse an sich“ in eine „Klasse für sich“ zu verwandeln. Wir haben *Workers Vanguard* [Arbeiteravantgarde] 1971 als Namen unserer Zeitung gewählt, um unsere Ziele zum Ausdruck zu bringen. Für Norden ist der *Internationalist*, der keine Polemiken und keinerlei programmatische Schärfe enthält, ein Schritt rückwärts zu seinen Wurzeln vor seiner Zeit bei den Spartakisten. Ein Genosse, der mit Norden im Bostoner Massenstreik-Organisationskomitee zusammenarbeitete, bevor sie 1971/72 in die SL eintraten, bemerkte kürzlich, daß Norden die ersten Ausgaben von *Workers Vanguard* kritisierte, weil sie viel zu viel Zeit für Polemiken gegen andere linke Gruppen verwendeten und nicht genug für „Arbeiterkämpfe“. Unser Genosse erinnerte sich:

„Die Zeitung *Massenstreik* hatte anfangs überhaupt keinerlei Polemiken. Aber sogar gegen Ende, als Artikel veröffentlicht wurden, die gegenüber reformistischen Gruppen wie der SWP und der KP kritisch waren, ging sie nicht soweit, die ‚Organisationen der Unterdrückten‘ politisch anzugreifen, besonders wenn diese Zielscheibe des bürgerlichen Staates waren. Diesen Zug hat Norden zuletzt in ausgeprägter Weise demonstriert, bei den durch die Hexenjagd verfolgten DDR-Stalinisten ebenso wie bei Luta Metalúrgica.“

Nordens politische Linie zur Zeit des „Massenstreiks“ war eine Anpassung an die Politik der Neuen Linken, die damals bei jungen Radikalen weitverbreitet war. Seine gegenwärtige Zurückentwicklung, getrieben durch eine Verzweiflung über welthistorische Niederlagen des Proletariats, zeichnet sich durch ein klassisch zentristisches Funktionieren aus: seinen Wunsch, nicht gegen den Strom zu schwimmen; seine Vernarrtheit in Pseudo-„Massenarbeit“ und in eine „Massenzeitung“ auf Kosten von harten bolschewistischen Polemiken und auf Kosten des Parteaufbaus; seine Vorliebe für organisatorisches Manövrieren statt eines prinzipienfesten Kampfes für das Programm.

Wir kämpfen dafür, eine Vierte Internationale wiederzuschmieden, die Trotzki als seine eigene anerkennen würde, aber Norden und sein Zirkel ziehen es vor, mit zentristischen und reformistischen Wichtigtuern zu schmusen. In dieser Hinsicht ist es bemerkenswert, daß zwei der drei Punkte der Übereinstimmung in der „Gemeinsamen Erklärung der Verpflichtung, für die Wiederschmiedung der Vierten Internationale zu kämpfen“ zwischen der IG und der LQB darin bestehen, die IKL wegen des Abbruchs der brüderlichen Beziehungen mit LM zu denunzieren und wegen der angeblichen „bürokratischen Säuberung“ von Norden & Co. Das Gerede über „revolutionäre Umgruppierung“ ist beim zentristischen Sumpf international sehr in Mode; der einzige gemeinsame Nenner für die vielen politisch heterogenen, verrotteten Blöcke, die miteinander flirten, ist der Haß auf den von der IKL vertretenen authentischen Leninismus. In ihrer unkritischen, unpolemischen neuen Zeitung erklärt die IG ihr „Ziel, auf die frühzeitige Fusion unserer Kräfte in einer gemeinsamen Tendenz der Vierten Internationalisten hinzuwirken“. Also hat die IG ihr großes Schild „Zu verkaufen“ aufgestellt. *Caveat emptor* – Möge der Käufer auf der Hut sein!

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 663, 7. März 1997

Permanente Revolution...

Fortsetzung von Seite 9

internationale Spartacist Tendenz) standen mit unserer Gegnerschaft zu Chomeini damals praktisch allein da. Wir sagten „Nieder mit dem Schah! Nieder mit den Mullahs! Für Arbeiterrevolution!“

Weder die AKPI noch ihre Vorläuferorganisation, die Kommunistische Partei Irans (KPI), existierten 1979. Wenn die AKPI jedoch über diese Periode schreibt, versucht sie einen nicht existierenden Unterschied zwischen der „Revolution“, die den Schah stürzte, und der Machtergreifung der Mullahs zu machen. So ist in einer politischen Resolution der KPI von der „Erfahrung mit der Unterdrückung der Revolution von 1979 durch das islamische Regime“ die Rede (*Bolshevik Messenger* Nr. 14, Februar 1989). Eine noch explizitere Erklärung entlang dieser Linie steht in „Ein kurzer Blick auf die Situation der Arbeiterklasse im Iran“, eine von der KPI 1990 veröffentlichte und von der AKPI weiterhin vertriebene Broschüre von Mostafa Saber:

„In der Revolution von 1979 war die Arbeiterklasse das Rückgrat der revolutionären Bewegung, und die landesweiten Streiks der Arbeiter versetzten dem Schah-Regime die radikalsten Schläge. Die Losung ‚Unsere Erdölarbeiter sind unsere standhaften Führer‘, die damals zur allgemeinen Parole der revolutionären Massen wurde, spiegelte diese entscheidende Avantgarde-Rolle wider, die die Arbeiter spielten. Auch wenn die Arbeiter im allgemeinen nicht in der Lage waren, sich von der Beherrschung durch die bürgerlich-religiöse Opposition zu befreien, stellten sie ihre eigenen unabhängigen Forderungen auf. Zum Beispiel forderten sie durch die Erdölarbeiter, im ‚Revolutionsrat‘ vertreten zu sein, der nach dem Sturz des Schahs gebildet wurde...“

Die revolutionäre Periode 1978–81 war die Periode, in der die Arbeiter die reichsten Erfahrungen machten und direkt – zu Millionen – in das Schicksal der Bevölkerung eingriffen, und sie hinterließ ihren Stempel im Bewußtsein der gesamten Arbeiterklasse. Aber diese Periode endete 1981 mit der Massakrierung der Arbeiterräte, der Zerschlagung der politischen Organisationen und der Einführung einer noch nie dagewesenen Unterdrückung durch das islamische Regime.“

Arbeiterstreiks waren tatsächlich entscheidend für den Sturz des Schahs. Das Proletariat spielte jedoch keine unabhängige Rolle, sondern wurde durch ihre Irreführer politisch den Chomeini-Anhängern untergeordnet. Zu behaupten, daß die Arbeiter 1979 unter den „revolutionären Massen“ die „Avantgarde-Rolle“ spielten, ist Wunsdenken im Dienste der De-facto-Kapitulation vor den Islamisten. Die konterrevolutionäre Rolle der islamischen Opposition herunterspielend, spricht die KPI von einer breiten „revolutionären Bewegung“, glorifiziert die regimetreue Shoras als Arbeiterräte, erwähnt positiv die Forderung der Erdölarbeiter nach Aufnahme in den Revolutionsrat und behauptet, noch bis 1981 habe es eine „revolutionäre Periode“ gegeben. Mit dieser Darstellung wird praktisch ein Zwei-Etappen-Schema akzeptiert, das impliziert, die Arbeiter hätten noch *nach* dem Sieg der Mullahs ihre große Chance gehabt.

Die Kommunistische Partei Irans wurde 1983 gegründet als ein Zusammenschluß aus der staatskapitalistischen Union Kommunistischer Aktivisten und der größeren, ex-maoistischen kurdischen Gruppe Komala. Dies war eine instabile Fusion, was sich in ihrer heterogenen Zusammensetzung widerspiegelte. Trotz der von ihr beanspruchten Perspektive der proletarischen Revolution betrieb die KPI mittels ihrer Komala-Kräfte eine auf die Bauernschaft gestützte Guerillastrategie in Kurdistan. Ihre Propaganda

war ein Gemisch aus widersprüchlichen Losungen. Sie behauptete, für einen „Arbeiterstaat“ einzutreten, während sie gleichzeitig eine „revolutionäre demokratische Republik“ forderte (eine klassische „linke“ Version der Revolution in zwei Etappen). Währenddessen trachtete der ökonomistische Flügel der Partei, darunter solche Bestandteile wie Mansoor Hekmat, jetzt der zentrale Führer der AKPI, danach, sich an die Arbeiterklasse zu richten, aber mit einem Programm, das eher dem der Sozialdemokratie als Lenins Dritter Internationale glich. So erarbeiteten Hekmat und die KPI im Stil der Zweiten Internationale ein „Minimalprogramm“ und versuchten die anderen Tendenzen dafür zu gewinnen, sich auf der Grundlage von Forderungen beispielsweise nach einer 40-Stunden-Woche, Arbeitslosengeld, Streikrecht und sogar beim Entwurf eines „demokratischen Arbeitsgesetzes“ zusammenzuschließen. (Siehe „Interview mit Genosse Mansoor Hekmat“, *Bolshevik Messenger* Nr. 12, Februar 1988). Die ungleichen Gruppierungen innerhalb der KPI zerstritten sich schließlich, und Hekmat verkündete eine Spaltung, um 1991 die Arbeiter-Kommunistische Partei Irans zu gründen. Ihre Schwestergruppe, die AKP-Irak, die 1993 gegründet wurde, besteht fast ausschließlich im irakischen Teil Kurdistans.

Die Spaltung mit Komala verstärkte einfach das Gewicht der sozialdemokratischen Komponente der AKPI. Während die AKPI kurdischen Nationalismus verurteilt, macht sie in der Praxis keinen Unterschied zwischen imperialistischen Mächten und halbkolonialen Ländern, oder, allgemeiner gesagt, zwischen Unterdrückernationen und unterdrückten Nationen. So weigerte sich die AKPI nicht nur, während des Golfkriegs zur militärischen Verteidigung des Irak gegen den US-Imperialismus aufzurufen, sondern rief bei mehreren Gelegenheiten nach einer Intervention der Vereinten Nationen (deren Vorgänger, den Völkerbund, Lenin als eine „Räuberhöhle“ bezeichnete). So forderte die australische Exilgruppe der AKP-Irak, wie wir in unserem Artikel „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!“ im *Spartakist* Nr. 125, November/Dezember 1996 (übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 651, 13. September 1996) feststellten, „den sofortigen Rückzug der Streitkräfte des Baath-Regimes“ und rief dazu auf, „diese Forderungen der UNO aufzudrängen“. Ebenso verurteilten die AKP-Iran und AKP-Irak in einer gemeinsamen am 6. September 1996 in London veröffentlichten Erklärung zwar die militärischen Angriffe der USA auf den Irak, beschworen aber die UNO, „der Arroganz der Vereinigten Staaten ein Ende zu setzen“. Diese zwei Erklärungen fügen wir dieser Antwort bei.

Wie wir in unserem Artikel hervorhoben, sind die verschiedenen imperialistischen Mächte – heute zuallererst der US-Imperialismus – die Hauptfeinde der kurdischen Unabhängigkeit. Aber es sind gerade die Imperialisten, an die sich die AKPI in erster Linie wendet. Außerdem ruft sie zu einem von der UNO organisierten Referendum auf, was mit der Position für ein unabhängiges *irakisches* Kurdistan verbunden ist. Das wird in einem Artikel von Hekmat („Zur Verteidigung der Forderung nach der Unabhängigkeit Irakisches-Kurdistans“) in der farsi-sprachigen *Internationale*, Juni 1995, ausgeführt. Ihr Schema basiert eindeutig darauf, daß ein Großmachtgarant Saddam Husseins dreckige Hände aus Kurdistan heraushält. Kurz gesagt handelt es sich hier um ein implizites Etappenschema, dessen anfängliche „demokratische“ Etappe angeblich von der UNO garantiert wird, einem Instrument des Imperialismus.

Bei den Appellen der AKPI an die UNO in Sachen Irakisches-Kurdistan handelt es sich nicht um eine vereinzelte Verirrung. In ihrem programmatischen Hauptdokument „Eine bessere Welt“ heißt es: „Die AKPI ist für eine sofortige Lösung der kurdischen Frage im Iran mittels eines freien Referendums in den kurdisch-bewohnten Gebieten West-

irans unter der Aufsicht formaler internationaler Organisationen“ (unsere Hervorhebung und Übersetzung). Gleichzeitig macht die AKPI klar, selbst während sie die nationale Unterdrückung der Kurden und ihr Recht auf Selbstbestimmung anerkennt, daß sie zur Zeit gegen die Unabhängigkeit der Kurden im Iran ist. Und soweit uns bekannt ist, gibt die AKPI weder den kleinbürgerlichen Nationalisten der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) militärische Unterstützung in dem vom NATO-Land Türkei geführten völkermörderischen Krieg noch ruft sie zur Verteidigung der PKK gegen deren Unterdrückung durch den deutschen Staat auf. Kurz gesagt tritt die AKPI im Irak, wo sie über eine bedeutsame kurdische Basis verfügt, für die Unabhängigkeit ein. Aber sie ist gegen die kurdische Unabhängigkeit im Iran und in der Türkei, zwei Nachbarstaaten, die regionale Rivalen des Irak sind.

Wir von der IKL fordern eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan. Damit wenden wir Trotzki's Theorie der permanenten Revolution an: das Verständnis, daß in den Gebieten, die vom Imperialismus rückständig gehalten worden sind, die grundlegenden Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution nur gelöst werden können durch einen internationalistischen Kampf um die proletarische Macht, der all die reaktionären bürgerlichen Regime in der Region wegfegt. Diese Auffassung steht in scharfem Gegensatz zur Methodologie, an die eine oder andere imperialistische Macht zu appellieren oder den bürgerlichen Rivalen des eigenen unmittelbaren Unterdrückers zu beschwichtigen, was typisch ist für die Praktiken der verschiedenen kurdischen nationalistischen Gruppierungen. Die AKPI geht über diesen Rahmen nicht hinaus.

Wie Du sagst, behauptet die AKPI, daß die Sowjetunion Ende der 20er Jahre „staatskapitalistisch“ geworden sei. Dies ist die gleiche praktische Schlußfolgerung, wie sie Tony Cliffs Socialist Workers Party in Britannien gezogen hat. Sie läuft auf die Behauptung hinaus, daß der Kapitalismus genau zu der Zeit restauriert wurde, als die Fünfjahrespläne eingeführt wurden und die UdSSR einen Riesensprung nach vorn machte bei der Entwicklung einer Industriegesellschaft. Sie ist eine zutiefst revisionistische Schlußfolgerung, die im Grunde genommen der Bourgeoisie von einer hauptsächlich bäuerlichen Gesellschaft eine fortschrittliche Mission zutraut, nämlich die qualitative Revolutionierung der materiellen Produktivkräfte.

Die AKPI behauptet, daß es in den 20er Jahren keinen qualitativen politischen Unterschied zwischen den Trotzkiisten und den Stalinisten gegeben habe. Tatsächlich akzeptieren sie jedoch die falsche und zutiefst nationalistische Ideologie vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“, die von der stalinistischen Bürokratie verbreitet wurde:

„Erstens ist unserer Meinung nach theoretisch und unabhängig von der Frage der Sowjetunion die Errichtung des Sozialismus in einem Land, d.h. die Schaffung von Verhältnissen auf der Grundlage des Gemeineigentums, die Abschaffung der Lohnarbeit, d.h. was Marx als die erste Phase des Kommunismus bezeichnete, durchaus möglich, und nicht nur das, sie ist lebenswichtig für das Schicksal der Arbeiterrevolution.“ („Die Erfahrung der Arbeiterrevolution in der Sowjetunion“ von Mansoor Hekmat und Iraj Azarin)

Sozialismus (die niedere Phase des Kommunismus, in der die Arbeitsproduktivität so gewaltig entwickelt ist, daß die Klassen zu existieren aufhören) erfordert notwendigerweise die Ausweitung der proletarischen Eigentumsformen auf die fortgeschrittensten industrialisierten Gesellschaften der Welt. Diejenigen, die behaupten – im Gegensatz zu Marx und Lenin –, es sei möglich, den Sozialismus innerhalb der Grenzen eines einzelnen Staates aufzubauen, leugnen damit die materielle Notwendigkeit, die proletarische Revolution auf die ganze Welt auszuweiten, und landen notwendigerweise

dabei, „friedliche Koexistenz“ mit der imperialistischen Bourgeoisie anzustreben oder zu rechtfertigen im Namen der Aufrechterhaltung des „real existierenden Sozialismus“.

„Sozialismus in einem Land“ bedeutete den Verrat an der proletarischen Revolution in allen anderen Ländern. Mit ihrem Festhalten an diesem Schwindelmodell lehnt die AKPI die entscheidenden von Trotzki's Linker Opposition geführten Kämpfe ab, darunter deren Kampf gegen Stalins und Bucharins Verrat an der Chinesischen Revolution 1925–27, die der Guomindang und dem Schlächter Tschiang Kaischek untergeordnet wurde. Wie Trotzki bei seiner Verallgemeinerung der Theorie der permanenten Revolution hervorhob, war das blutige Massaker an den Kommunisten und Arbeitern in China das direkte Ergebnis von Stalins Wiedereinführung der Theorie der „Revolution in zwei Etappen“, die die Menschewiki im zaristischen Rußland propagiert hatten.

Der „staatskapitalistische“ Standpunkt der AKPI hatte weitere wichtige Konsequenzen. Trotzkiisten verteidigten den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat bedingungslos gegen innere Konterrevolution und imperialistische Angriffe, während sie gleichzeitig zur proletarischen politischen Revolution zum Sturz der parasitären stalinistischen Bürokratie aufriefen. Als die Sowjets 1979 in Afghanistan intervenierten, sagten wir „Hoch die Rote Armee“ und riefen zur Ausweitung der sozialen Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker auf. Während wir davor warnten, daß die Kremlbürokratie durchaus zum Ausverkauf an die Imperialisten fähig war, hoben wir hervor, daß das Eingreifen der Roten Armee objektiv der Verteidigung der Sowjetunion diene und ein Schlag gegen die von der CIA unterstützten Mudschaheddin war, die damit drohten, die Frauen praktisch zur Sklaverei zurückzubringen, was doppelt so schreckliche Zustände wie in Chomeinis Iran bedeutete. Aber die KPI/AKPI hielt den sowjetischen „Imperialismus“ für genauso reaktionär wie die Mudschaheddin.

Die Ereignisse in Afghanistan entlarven nur ein weiteres Mal, daß die Theorie des „Staatskapitalismus“ wertlos ist als eine Anleitung, um die Welt zu verstehen und einzugreifen. Der Abzug der sowjetischen Streitkräfte aus Afghanistan durch den Kreml führte zum Sieg der Mudschaheddin, mit den grauenhaften Konsequenzen für die afghanischen Frauen heute, und gab den Kräften der kapitalistischen Restauration, die in der Sowjetunion triumphierten, mächtigen Auftrieb. Was letztere angeht, so bejubelte die AKPI nicht die Jelzinsche Konterrevolution – im Gegensatz zu den meisten „staatskapitalistischen“ Formationen wie z. B. der Cliff-Tendenz – und sagte sogar voraus, daß die Ereignisse in der Sowjetunion und Osteuropa schlimme Folgen für die Arbeiter aller Länder haben würden. Aber nach der eigenen Theorie der AKPI, daß die Sowjetunion spätestens seit Ende der 20er Jahre staatskapitalistisch gewesen sei, hätte Jelzins Aufstieg zur Macht nur eine unbedeutende Machtverschiebung von einer „Kapitalisten“bande zu einer anderen bedeuten dürfen.

Heute tritt die AKPI zu Recht gegen die Abschiebungen afghanischer Flüchtlinge aus dem Iran ein. Aber alle diejenigen, die gemeinsam mit dem Chor der Imperialisten die Niederlage der sowjetischen Streitkräfte forderten, tragen die Verantwortung für die grauenhaften Verhältnisse im Taliban-regierten Afghanistan, wo den Frauen das Recht auf Arbeit und Ausbildung verweigert wird und wo wieder mittelalterliche Folterungen eingeführt wurden. Wir von der Internationalen Kommunistischen Liga wollen den Verrat entlarven, der zum Sieg der reaktionären und konterrevolutionären Kräfte im Iran, in Afghanistan und der ehemaligen Sowjetunion geführt hat, um eine neue Generation marxistischer Kämpfer auszubilden, die trotzkistische Parteien schmieden werden, die die arbeitenden Massen vorwärts zu neuen Oktoberrevolutionen führen können. ■

Stoppt Hinrichtungen von irakischen Linken!

Während die türkische Armee im Nord-Irak die Kurden niedermetzelt, hat Saddam Husseins baathistische Diktatur in Bagdad Massenhinrichtungen von politischen Gefangenen in Gang gesetzt. Wie die Irakische Kommunistische Partei (IKP) und die Arbeiter-Kommunistische Partei Irak (AKPI) berichten, sind seit Februar im berühmtesten politischen Gefängnis Abu Ghraib über 250 Gefangene, darunter IKP-Mitglieder, ermordet worden, und weitere 600 sollen in den kommenden Wochen hingerichtet werden. Der Terror des baathistischen Regimes zielt seit langem besonders auf die IKP ab. Viele IKP-Mitglieder, Anhänger der AKPI und andere Linke sind weiterhin in den Folterkammern von Abu Ghraib eingekerkert.

Am 30. Mai initiierte die AKPI in London und Toronto dringend notwendige Protestdemonstrationen gegen die Hinrichtungen, an denen sich Unterstützer der Internationalen Kommunistischen Liga beteiligten. Wir rufen alle linken und Arbeiterorganisationen auf, das sofortige Ende der Hinrichtungen und die Freiheit für alle linken Gegner von Saddam Hussein zu fordern!

Heute verurteilen die amerikanischen Herrscher den starken Mann des Irak scheinheilig als Tyrann und schicken massenweise CIA-Agenten ins Land, um seinen Sturz voranzutreiben, während er in den 70er und 80er

Jahren von Washington und Bonn jahrelang unterstützt wurde, als er irakische Arbeiter, Kurden und andere Minderheiten niedermetzelt. Jetzt sind die amerikanischen und deutschen Medien verdächtig still über Saddam Husseins Massenhinrichtung von Kommunisten und anderen Linken.

In den sechs Jahren seit dem US-geführten imperialistischen Krieg gegen den Irak sind mehrere hunderttausend Männer, Frauen und Kinder als Opfer der Wirtschaftsblockade gestorben, die unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen durchgeführt wurde. Wir verteidigen das irakische Volk gegen jeden imperialistischen Angriff, so wie wir es auch bei den zahlreichen Terrorbombardierungen seit dem Golfkrieg 1991 getan haben. Nieder mit dem UN-Hungerembargo! USA/NATO: Raus aus dem Persischen Golf!

Die irakische Diktatur und alle reaktionären Regime des Nahen Ostens müssen durch die arbeitenden Menschen und die Unterdrückten gestürzt werden, die unter ihrem Terror zu leiden haben. Das erfordert die Schmiebung von revolutionären Parteien, die die Sache aller Unterdrückten zu ihrer eigenen machen – die Sache des belagerten kurdischen Volkes wie auch der doppelt unterdrückten Frauen – im Kampf für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens.

Peru...

Fortsetzung von Seite 3

imperialistischen Ausbeutung zu beugen. Die Bosse und Zahlmeister des peruanischen Regimes in Washington und Tokio stecken bis zum Hals in diesem Blutbad. Der japanische Premierminister Hashimoto erklärte sofort: „Ich bin erfreut über die Resultate und danke den peruanischen Streitkräften.“ Das U.S. State Department gibt den linken Opfern in grotesker Weise selbst die Schuld an diesem grauenhaften Massenmord. Die deutsche Regierung ist in ihrem eigenen Hinterhof nicht weniger brutal und rüstet das türkische Regime auf im blutigen Krieg gegen Kurden und Linke.

Trotz unserer politischen Differenzen mit der Guerillastrategie der MRTA haben wir Trotzlisten der IKL uns von Anbeginn mit ihren berechtigten Forderungen für die Freilassung von über 400 ihrer Genossen, die als Geiseln in den Kerkern Perus gefangen sind, solidarisiert. In ehrenhafter Weise haben die MRTA-Kämpfer bis zum letzten Ende zu ihrer Forderung für die eingekerkerten Genossen gestanden. Fujimori bestand von Anfang an darauf, daß die MRTA-Gefangenen „nur tot rauskommen“. Angesichts der Sympathie unter den Bauern und arbeitenden Massen im Land für die mutige Aktion der MRTA und der dadurch hervorgerufenen innenpolitischen Krise befahl Fujimori die Massaker durch Kommandos, die von israelischen zionistischen Schlächtern trainiert wurden. Mittlerweile wurden allein in den letzten 18 Monaten etwa 500.000 Leute bei Razzien gegen „Terroristen“ festgenommen.

Die brutale Unterdrückung der Linken und Bauern durch die Bourgeoisie Perus wurde vom US-Imperialismus mit dem Schlachtruf des globalen „Kriegs gegen Drogen“ völlig unterstützt. Gleichzeitig führen die rassistischen amerikanischen Herrscher ihren eigenen Krieg mit Polizeiterror und Unterdrückung gegen Arbeiter, Schwarze, Hispanics in den USA. Die Barbarei der kapitalistischen herrschenden Klasse in den USA wird offenkundig beim andauernden

Kreuzzug für legalen Lynchmord an dem schwarzen politischen Gefangenen Mumia Abu-Jamal, der in der Todeszelle sitzt, und dessen Fall die Unterstützung von Hunderttausenden von arbeitenden Menschen und Minderheiten auf der ganzen Welt gefunden hat. Genauso wie die japanische Regierung im Lauf der Lima-Krise versucht hat, ihren „antiterroristischen“ Ruf durch die Ausweitung ihres internationalen Rachefeldzugs gegen die linke Gruppe „Rote Armee Fraktion“ zu befestigen.

Trotz des Heldenmutes ihrer Kämpfer ist die Guerillastrategie der MRTA unfähig, die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung auszumerzen. Ebenso wenig ändern die eigenen ohnmächtigen Appelle der MRTA an Fujimori seine arbeiter- und bauernfeindliche Politik, sondern machen deutlich, daß solche kleinbürgerlichen Guerillas, wie wir geschrieben haben, einfach „Reformisten mit Gewehren“ sind. Die IKL stützt sich auf Leo Trotzki's Programm der permanenten Revolution. In halbkolonialen Ländern wie Peru können die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution – Agrarrevolution, Befreiung der doppelt unterdrückten Bäuerinnen und Arbeiterinnen, Befreiung von imperialistischer Knechtschaft – nur durch die Eroberung der Staatsmacht durch das revolutionäre Proletariat, unterstützt durch die Bauernschaft, erreicht werden. Dies erfordert die Enteignung des kapitalistischen Eigentums und den Aufbau einer vergesellschafteten Planwirtschaft. Der endgültige Sieg der werktätigen Massen Lateinamerikas erfordert die Arbeiterrevolution „in der Höhle des Löwen selbst“, dem US-Imperialismus. Wir kämpfen für leninistisch-trotzkistische Parteien von Peru über Japan bis zu den USA als Teil der wiederzuschmiedenden Vierten Internationale, um das Proletariat an die Macht zu führen und international die kapitalistische imperialistische Barbarei hinwegzufegen.

Freiheit für alle Opfer von Fujimoris Terror! Von Lima über Tokio, Washington bis Berlin: Für internationale proletarische Revolution!

22. April 1997

Türkei ...

Fortsetzung von Seite 24

als Schachfigur für ihre Großmachtambitionen benutzt und sind ihm gleichzeitig in den Rücken gefallen. Im Anschluß an den Golfkrieg von 1991 wurde die strategische Region Irakisch-Kurdistan, die an die Türkei, Syrien und den Iran grenzt und nahe bei den Erdöl- und Erdgasfeldern von Kirkuk liegt, zu einer „Schutzzone“ für Kurden erklärt, die für die irakische Armee gesperrt ist. Sie sollte von den USA und ihren Alliierten unter dem UN-Feigenblatt überwacht werden, als Teil der „Neuen Weltordnung“ Washingtons. Damals warnten wir, daß es unter der Kontrolle von „Friedenstruppen“, die von den USA und anderen Imperialisten gestellt werden, zu den schlimmen Zuständen kommt, die im Gaza-Streifen und auf der Westbank herrschen (*Spartakist* Nr. 86, Mai 1991). In diese „Schutzzone“ ist die türkische Armee wiederholt einmarschiert, um Unterstützer der PKK zusammenzutreiben und zu töten.

Die feudalistischen und bürgerlich-nationalistischen Irreführer der irakischen Kurden, Massud Barsanis Kurdische Demokratische Partei (KDP) und Jalal Talabanis rivalisierende Patriotische Union Kurdistans (PUK) haben eine lange Geschichte darin, für eine illusorische Unterstützung durch die Imperialisten und deren regionale Handlanger den kurdischen nationalen Kampf zu opfern und sich dabei gegenseitig umzubringen. Während des Golfkriegs stellten sich beide auf die Seite der USA und schlossen sich dem von der CIA unterstützten „Irakischen Nationalkongreß“ an. Beide Gruppen herrschen mit strenger Polizeigewalt über ihre „eigenen“ Leute und arbeiten auch mit Ankara zusammen, um auf PKK-Unterstützer in Irakisch-Kurdistan Jagd zu machen. Letztes Jahr, als die PUK mit Unterstützung iranischer Truppen die Oberhand zu gewinnen schien, holte sich Barsani Hilfe von Saddam Hussein. Die USA nutzten dies als Vorwand für eine große Machtdemonstration im Golf: Sie mobilisierten ihre Flotten im Pazifik und im Persischen Golf und schafften B-52-Bomber sogar aus Guam heran. Diesmal hat sich die türkische Armee als Vorwand für ihren Einmarsch von Barsani „einladen“ lassen, und die amerikanischen Imperialisten sind einfach begeistert. Aber für die Kurden sowohl in der Türkei als auch im Irak bedeutet das nichts als Tod und Zerstörung.

Jetzt, wo die UdSSR nicht mehr existiert, wollen die USA zeigen, daß sie die Militärmacht Nr. 1 in der Welt sind, und sie werden diese Macht benutzen, um die Erdöl- und Erdgasfelder der Region zu kontrollieren, die für Deutschland und besonders für Japan von höchstem Interesse sind. Die Handelssanktionen der USA gegen Iran und Irak richten sich andererseits auch gegen ihre imperialistischen Rivalen. Als die Türkei letztes Jahr mit dem Iran einen Vertrag über Gaslieferungen im Wert von 20 Milliarden Dollar abschloß, frohlockte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Das war ein Schlag ins Gesicht Washingtons“. Und am Vorabend seines jetzigen Einmarschs unterzeichnete Ankara einen Vertrag mit Bagdad über eine 1300 Kilometer lange Erdgasleitung zum türkischen Hafen Ceyhan. Aber in beiden Fällen verläuft die Pipeline durch kurdisches Gebiet, das „gesichert“ werden muß, bevor sie gebaut werden kann. Die verschärften interimperialistischen Differenzen sind Vorboten eines zukünftigen, diesmal atomaren, Weltkriegs.

Doch die Türkei ist auch extrem instabil und reif für Klassenkampf. Massive soziale Unterdrückung und Entwurzelung, hervorgerufen sowohl durch den Krieg als auch durch kapitalistische Austeritätsmaßnahmen, brachten letztes Jahr den Massenstreik der im öffentlichen Dienst Beschäftigten hervor, der Istanbul, Ankara und Izmir erschütterte. Sogar der konservative britische *Economist* (17. Mai) warnt unverblümt: Der Krieg der Türkei gegen die Kurden

ist „nicht zu gewinnen“. Die parlamentarische Fassade dessen, was tatsächlich eine Militärdiktatur ist, zerfällt schnell: Der oberste Staatsanwalt des Landes versucht, die regierende islamisch-fundamentalistische „Wohlfahrtspartei“ Refah von Necmettin Erbakan verbieten zu lassen, und Abgeordnete fliehen aus Tansu Cillers „Partei des Rechten Weges“, Erbakans korruptem Koalitionspartner, wie Ratten, die ein sinkendes Schiff verlassen.

Der Zusammenbruch der Sowjetunion bedeutete für halbkoloniale Länder den Verlust jeder nominellen Unabhängigkeit, die sie hatten, indem sie die SU und die imperialistischen Länder gegeneinander ausspielten. In diesem Kontext ist der Aufruf der PKK an die UNO und die imperialistischen Mächte, eine „politische Lösung“ herbeizuführen, eine Sackgasse. Er kann höchstens eine Art „Autonomie“ bedeuten, wie sie in der Westbank und im Gaza-Streifen existiert, wo die PLO-Polizei den israelischen Streitkräften dabei hilft, die palästinensischen Massen brutal zu unterjochen.

Die 25 Millionen Kurden im Nahen Osten, die zwischen der Türkei, dem Irak, Syrien und dem Iran aufgeteilt sind, stellen die größte Nation der Welt ohne einen eigenen Staat dar. Weil eine wirkliche nationale Befreiung Kurdistans die revolutionäre Zerstörung von vier kapitalistischen Regimen und damit der imperialistischen Vorherrschaft in dieser strategisch wichtigen Region erfordert, muß die Lösung für die kurdische Frage revolutionär, proletarisch und internationalistisch sein. Wie wir in unserem Artikel „Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!“ schrieben: „Die treibende Kraft beim Kampf um die kurdische Unabhängigkeit ist in dem Proletariat der Länder zu finden, von denen die Kurden unterdrückt werden. Die Arbeiter der Türkei, Syriens, des Irans und Iraks haben ihre eigene Rechnung mit ihren Ausbeutern zu begleichen“ (*Spartakist* Nr. 125, November/Dezember 1996). Andererseits existiert die kurdische Arbeiterklasse in der Diaspora: in den großen Industriezentren der Region und, gemeinsam mit Türken, in den Kohlebergwerken, Metallfabriken und Chemiebetrieben Deutschlands und Westeuropas. Hier sind immigrierte Arbeiter die lebende Brücke, um den Kampf für die Befreiung der Kurden in einem sozialistischen Nahen Osten auf die proletarische Revolution im imperialistischen Westeuropa auszuweiten.

Dies ist die Perspektive von Trotzki's permanenter Revolution für Länder, deren kapitalistische Entwicklung durch den Imperialismus verzögert wird: Die Aufgaben der bürgerlich-demokratischen Revolution können nur gelöst werden, wenn das Proletariat, unterstützt von den werktätigen Bauern, an der Macht ist und die proletarische Revolution auf die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder ausgeweitet wird. Das kann nur dadurch verwirklicht werden, daß türkische, arabische und persische Arbeiter dazu gewonnen werden, für die Befreiung der kurdischen Nation und anderer unterdrückter Völker dieser Region zu kämpfen und zu Todfeinden des Großmachtchauvinismus „ihrer“ eigenen Bourgeoisien werden. Diese internationalistische Perspektive steht im Gegensatz zu jeder Variante des kleinbürgerlichen Nationalismus, egal wie „sozialistisch“ dessen Rhetorik auch ist. In der „Festung Europa“ muß als erster Schritt zur Schmiedung einer revolutionären Einheit der giftige, gegen Immigranten gerichtete Rassismus bekämpft werden, der als Rammbock dient für den allseitigen Angriff auf den Lebensstandard und für die ideologische Vorbereitung auf neue imperialistische Kriege. Diese Perspektive wird nur erreicht durch den Aufbau von Avantgardeparteien der Arbeiterklasse im Nahen Osten und in Europa, als Teil einer Weltpartei der sozialistischen Revolution. Dieser Aufgabe haben sich die SpAD und die Internationale Kommunistische Liga verpflichtet. ■

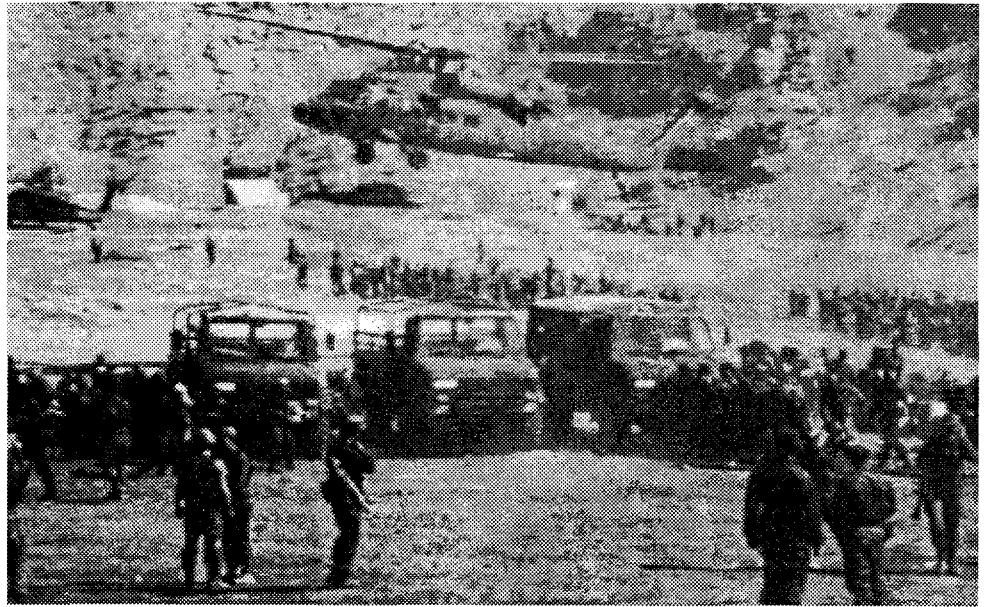
SPARTAKIST

Türkische Armee: Raus aus Kurdistan!

In den frühen Morgenstunden des 14. Mai strömten 50 000 türkische Soldaten über die Grenze nach Irak, unterstützt von Phantom-Kampfbombern und Cobra-Kampfhubschraubern. Im Verlauf des seit 12 Jahren andauernden Krieges der Türkei gegen die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) wurden 2000 Dörfer zerstört, 25 000 Menschen getötet und zwei Millionen Menschen zu Flüchtlingen, von denen etwa 15 000 nach Nordirak geflohen sind. Zehntausend kurdische und türkische politische Gefangene sind seit Ende Mai in der Türkei gegen die Inasion im Hungerstreik. Seit dem UNO/NATO-Massaker 1991 an den Völkern Iraks hat die Türkei ihre Offensiven wiederholt auf die kurdische Bevölkerung Nordiraks ausgeweitet – aber vom Ausmaß und von der Feuerkraft her übertrifft der jetzige Einmarsch alles bisher Dagewesene.

Während Bonn mit Washington darum konkurriert, dem NATO-Verbündeten in Ankara militärische und finanzielle Unterstützung zu geben, tragen die regierende CDU und die „oppositionelle“ SPD diesen mörderischen Krieg nach Deutschland, indem sie die PKK und andere kurdische Organisationen (ebenso wie linke türkische Organisationen) oder sogar einen ganz elementaren Ausdruck nationaler Identität wie das Zeigen der kurdischen Nationalfarben mit aller Härte verbieten. Wir von der Spartakist-Arbeiterpartei stehen trotz der scharfen politischen Differenzen, die wir zur kleinbürgerlich-nationalistischen PKK haben, militärisch auf ihrer Seite gegen den von der Türkei geführten Krieg der „verbrannten Erde“ und verteidigen ihre Unterstützer gegen staatliche Repression hierzulande. Am 24. Mai beteiligten sich unsere Genossen in Hamburg an einer Demonstration von 10 000 hauptsächlich kurdischen und türkischen Jugendlichen gegen den türkischen Einmarsch. Wir sagen: Das Vierte Reich ist der Pate des Massenmords an den Kurden! Weg mit dem Verbot von PKK und Devrimci Sol! Türkische Armee: Raus aus Kurdistan!

Der US-Außenamtssprecher Nicholas Burns erklärte sofort das Einverständnis der USA. Israel machte für Washington die Drecksarbeit in der Region und rüstete die von



Türkische Armee beim Vorstoß in den Irak 1995. Deutscher und US-Imperialismus rüsten Ankara für Vernichtungskrieg gegen Kurden auf

den USA aufgebauten türkischen Luftstreitkräfte neu aus, damit sie gegen bisher unerreichbare kurdische Dörfer in der Gebirgsregion an der Grenze zum Irak eine Flächenbombardierung durchführen konnten. Die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union gab eine lauwarmer Erklärung heraus, man sei „besorgt“ über die türkische Offensive, die „in angemessenen Grenzen“ (!) bleiben müsse, während in Deutschland gebaute Panzer und Panzerfahrzeuge türkische Divisionen ins irakische Kurdistan transportierten.

Die imperialistischen Mächte sind die Feinde der Werktätigen auf der ganzen Welt. Während des Golfkriegs von 1991 und der US-Luftangriffe auf den Irak im letzten Jahr standen wir als revolutionäre Internationalisten auf der Seite der Völker des Irak gegen die imperialistische Aggression und erklärten gleichzeitig, daß Saddam Hussein für seine Verbrechen gegen die irakische Arbeiterklasse von dieser selbst zur Rechenschaft gezogen werden müsse. Wir forderten: „Nieder mit dem imperialistischen Embargo gegen den Irak!“, während SPD, PDS und die Grünen ein Embargo als den „unblutigen“ Weg unterstützten, um den Irak auszuhungern, bis er sich seinen imperialistischen Herren unterwirft.

Die Imperialisten haben wiederholt das kurdische Volk

Fortgesetzt auf Seite 23

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!